

Hg.: Florian Rötzer

DER HALBE HEGEMON

DIE RÜCKKEHR DER "DEUTSCHEN FRAGE" UND DIE LAGE DER EU

TELEPOLIS

Inhaltsverzeichnis

Titel

Vorwort

Eric Bonse

Die Rhetorik des Scheiterns

Zur Lage der EU - Teil 1

Eric Bonse

Die unmögliche Euro-Reform

Zur Lage der EU - Teil 2

Eric Bonse

Die Flucht vor der Realität

Zur Lage der EU - Teil 3

Eric Bonse

Die Schlafwandler aus Brüssel

Zur Lage der EU - Teil 4

Eric Bonse

Die Rückkehr der deutschen Frage

Zur Lage der EU - Teil 5

Tomasz Konicz

Merkel allein im europäischen Haus

Der Zerfall des "Deutschen Europa" schreitet angesichts des zunehmenden Nationalismus rasant voran

Tomasz Konicz

Die Nation in der Krise

Die eskalierende Krisendynamik hinterlässt bösartige ideologische Verfallsformen von Nationalismus und Rechtsextremismus

Matthias Becker

"Die Finanzkrise hat Deutschland genutzt"

Guillaume Duval, Chefredakteur der Alternatives Economiques und Autor von "Modell Deutschland? Nein Danke!", über die deutsche Dominanz in Europa und die Zukunft des Euros

Matthias Becker

"Der Euro-Beitritt Italiens war ein Fehler"

Die italienische Wirtschaftswissenschaftlerin Annamaria Simonazzi über die deutsche Dominanz in Europa und die Zukunft des Euros

Matthias Becker

"Der Euro ist eine Art monetärer Weltvernichtungsmaschine"

Der schottische Ökonom Marc Blyth erklärt, warum die Banken mit dem Euro ein Geschäftsmodell auf Kosten der europäischen Nationen aufgebaut haben

Matthias Becker

"Die Osteuropäer wollen ein Europa der Vaterländer"

Die in Ungarn lehrende Politikwissenschaftlerin Dorothee Bohle über die osteuropäische Kritik an der Griechenland-Hilfe, die Haltung zur Austerität und die wachsende Ablehnung Deutschlands

Matthias Becker

"Deutschland tritt nicht als geopolitische, sondern als geoökonomische Macht auf"

Hans Kundnani vom Marshall Funds über die Rückkehr der deutschen Frage und Deutschland als halben Hegemon

Impressum

Vorwort

Mit dem während der Schuldenkrise durch die herausragende wirtschaftliche und politische Macht Deutschlands entstandenen "deutschen Europa", das einst vor allem Frankreich und Großbritannien als Drohkulisse zur Verhinderung der Wiedervereinigung aufgebaut hatten, beginnt über die Flüchtlingskrise, die Rückkehr in den Kalten Krieg über den Ukraine-Konflikt und die Bekämpfung des islamistischen Terrors nun das Projekt der europäischen Staatengemeinschaft zu zerfallen. Die Linke ist in Europa trotz der Erfolge in Griechenland, Spanien und Portugal geschwächt, die Kritik an Europa artikuliert sich vorwiegend rechtsextrem.

Deutschland ist zwar so dominant in Europa, dass die übrigen Staaten und Teile der Bevölkerung angesichts der deutschen Flüchtlingspolitik der offenen Grenzen auch in Reaktion auf die vorhergehende rigorose Durchsetzung der Austeritätspolitik revoltieren, aber es ist nicht stark genug, um sich wirklich weiterhin durchsetzen zu können. Weil Deutschland eben nur ein "halber Hegemon" ist, wird das Scheitern des liberalen Europas der offenen Grenzen und der offenen Kultur durch zunehmende Konflikte und Ambivalenzen verstärkt. Die deutschen Tugenden haben sich in eine Ursache der gegenwärtigen Krise verwandelt. "Deutschland ist der einige Wachstumsmotor, den wir in Europa haben", sagt die

italienische Wirtschaftswissenschaftlerin Annamaria Simonazzi . "Wenn er ins Stottern gerät, dann wird der Rest Europas in die Rezession zurückfallen."

Die von Flüchtlingen angeblich überrannte Festung Europa führt zum Bau neuer Mauern und Abgrenzungen zwischen den Staaten. Überall werden rechte, nationalistische, wenn nicht völkische Bewegungen, Parteien und auch Regierungen stark, Solidarität zwischen den Staaten und ihren Bevölkerungen gibt es nicht mehr, Europa wird zur Zwangsgemeinschaft, die europäische Führung durch den Rat, die Kommission und das Parlament können die auseinanderstrebenden Kräfte nicht mehr zusammenhalten.

Was sich an der Wende von 2015/2016 abspielt, ist nichts anderes, als eine historische Zäsur in der Nachkriegsgeschichte. In den hier versammelten aktuellen Gesprächen von Matthias Becker mit Ökonomen und Experten aus Experten aus Ungarn, Frankreich, Italien, Großbritannien und Deutschland sowie den Beiträgen des EU-Korrespondenten Eric Bonse und Tomasz Konicz werden die Bruch- und Konfliktlinien der deutschen Dominanz in Europa und der Zukunft des Euros herausgearbeitet. Nicht erst mit den Flüchtlingen, schon spätestens seit der Finanz- und Eurokrise wurde deutlich, dass die Europäische Union kein Zukunftsprojekt mehr ist. Attraktiv war die EU vor der Osterweiterung vor allem als Wirtschafts(t)raum, der Teilhabe an Wohlstand versprach.

Deutschland hatte mit der Wiedervereinigung, dem Umzug in die Hauptstadt Berlin und der Erschließung der Märkte in den osteuropäischen und baltischen Ländern schon auch als größtes europäisches Land wieder eine entscheidende Bedeutung erlangt, was sich dann auch an der ersten Teilnahme an einem Krieg durch die schwarz-rote Regierung zeigte.

Doch zu Beginn des neuen Jahrtausends galt das neue Deutschland zunächst als der kranke Mann Europas, der sich erst durch den harten Reformkurs von Rot-Grün erholte. Damit vertiefte sich aber die Ungleichheit im Land und entstand ein Niedriglohnsektor, was der deutschen Wirtschaft half, sich zu der exportorientierten Lokomotive entwickeln zu können, die vor allem andere Staaten der Eurozone unter Druck setzte und die Schuldenkrise vertiefte. Schon beim Irak-Krieg zeigte sich erstmals in aller Deutlichkeit die Spannung zwischen dem alten, dem deutsch-französischen Europa und dem neuen Europa. Der Konflikt hat sich mit der Euro-Krise zugespitzt, als Deutschland Griechenland und die anderen Staaten unter Spardruck setzte, aber gleichzeitig die baltischen und osteuropäischen Länder brüskierte.

Florian Rötzer

Eric Bonse

Die Rhetorik des Scheiterns

Zur Lage der EU - Teil 1

Der Europäischen Union geht es schlecht. So schlecht, dass sogar ihre wichtigsten Protagonisten in Brüssel und Berlin aufgehört haben, die Lage schön zu reden. Statt die EU als Lösung für alle Probleme anzupreisen, wie bisher üblich, erwecken die EU-Eliten neuerdings den Eindruck, als müssten sich die Europäer vor dem Scheitern fürchten.

Kommissionschef Jean-Claude Juncker, Ratspräsident Donald Tusk, Kanzlerin Angela Merkel und andere überbieten sich in "apokalyptischen Warnungen", wie die neue US-Website "Politico.eu" süffisant feststellt. In einer Auflistung der zehn schrillsten Brandreden findet sich vom "Erdbeben" bis zum "Kollaps" so ziemlich jedes denkbare Katastrophen-Szenario.



Berlaymont-Gebäude, Sitz der Europäischen Kommission. Bild: Xavier Häpe/CC-BY-SA-2.0

Die Warnung vor dem Scheitern ist allerdings nicht nur ein legitimer Ausdruck der Sorge. Sie ist auch ein Mittel der Politik - um Druck auszuüben und nationale Interessen durchzusetzen. Besonders beliebt ist derzeit die Warnung vor einem Ende des Schengen-Raums und der lieb gewonnenen Reisefreiheit in Europa, die zur größten Errungenschaft der europäischen Einigung hochstilisiert wird.

Vor allem Merkel nutzt die Schengen-Keule, um Griechen und Osteuropäer zu mehr Einsatz in der Flüchtlingskrise zu bewegen, allerdings mit mäßigem Erfolg. Beim letzten EU-Gipfel Mitte Dezember hat sich gezeigt, dass weder die "Verweigerer" in Osteuropa noch Merkels "Koalition der Willigen", die sich neuerdings in einer Extrarunde trifft, vorankommen. Merkel muss nun aufpassen, dass ihre Warnung nicht zur "self fulfilling prophecy" wird.

Überhaupt ist die Rhetorik des Scheiterns mit Vorsicht zu genießen. Mit der Frage nach dem Scheitern verhält es sich nämlich so ähnlich wie mit Merkels Diktum "Wir schaffen das": Die große Frage ist, was eigentlich gemeint ist. Was wollen wir denn schaffen, was könnte denn scheitern? Wenn man so vage bleibt wie Merkel, dann ist die EU noch längst nicht am Ende, denn die Brüsseler Institutionen

arbeiten unerschütterlich weiter.

Brüssel profitiert von der Krise...

EU-Kommission und Europaparlament sind in gewisser Weise sogar Krisengewinner: Bei jedem Problem rufen sie nach "mehr Europa" - mehr Kompetenzen und mehr Kontrolle auf EU-Ebene. So hat die Eurokrise zu immer neuen Regeln, Gremien und Prozeduren geführt - teils innerhalb, teils außerhalb der Brüsseler EU-Institutionen. Auch die Flüchtlingskrise wird genutzt, um Quoten, Kontingente und nun sogar eine eigene Küstenwache zu installieren.

Jede Krise ist aus Brüsseler Sicht auch eine Chance, noch mehr Macht an sich zu reißen und die EU zu einem bürokratischen, demokratisch kaum kontrollierten Überstaat auszubauen. Natürlich sagt das niemand so offen. Stattdessen heißt es, die Nationalstaaten seien gescheitert. Nur die Übertragung weiterer Kompetenzen nach Europa könne einen Ausweg aus der Krise weisen.

Allerdings weigern sich dieselben, die "mehr Europa" fordern, der EU auch mehr Geld und Personal zu geben. Obwohl die Kommission immer neue Aufgaben bekommt, wurde das EU-Budget auf Geheiß von Merkel und ihrem britischen Verbündeten David Cameron kräftig zusammengestrichen. Die Krisen bringen

der EU also immer mehr Aufgaben, aber nicht auch die zu ihrer Lösung nötigen Mittel.

Daraus ergibt sich ein permanenter, gefährlicher Zielkonflikt. Anspruch und Wirklichkeit klaffen immer mehr auseinander - selbst in den für Brüssel zentralen Wirtschaftsfragen. So hat die EU es seit der Finanzkrise nicht mehr geschafft, wie versprochen den Wohlstand aller Europäer zu mehren. Im Gegenteil: Das BIP in der Eurozone liegt immer noch niedriger als vor Beginn des Crashs.

...dabei ist die EU vielfach gescheitert

Das führt zu folgendem Paradox: Als Institution ist die EU keineswegs gescheitert, sie wächst auch und gerade in der Krise weiter. Als Problemlösungs-Instanz hingegen scheitert sie seit Jahren. Sie hat weder die Euro- noch die Flüchtlingskrise kommen sehen, sie hat ihre Nachbarschaft nicht befriedet (siehe Ukraine) und die Europäer nicht miteinander versöhnt - im Gegenteil.

Die Renationalisierung ist in vollem Gange, wie die letzten Wahlen in Polen und Frankreich zeigen. Europa ist auf dem Rückzug, jedenfalls bei den Wählern. Und genau das ist es, was den europäischen Eliten Angst macht. Mit ihren schrillen Warnungen vor einem Scheitern Europas geben sie letztlich nur vor, die EU retten zu wollen. In Wahrheit wollen sie von ihrem eigenen Versagen ablenken.

Eric Bonse

Die unmögliche Euro-Reform

Zur Lage der EU - Teil 2

Für die meisten Zeitungen war es nur noch eine Randnotiz. Kurz vor Weihnachten meldete die griechische Regierung, dass der Verkauf von 14 Regionalflughäfen an Fraport besiegelt sei. Lukrative Touristen-Airports auf Inseln wie Mykonos oder Santorin werden künftig vom Betreiber des größten deutschen Flughafens in Frankfurt geführt.

Kurz darauf wurde bekannt, dass die griechische Regierung ein neues Sozialprogramm verschieben muss. Premierminister Alexis Tsipras wollte mit der Initiative die humanitäre Krise in seinem Land lindern. Doch die Troika und die Eurogruppe senkten den Daumen und drohten, die Auszahlung der nächsten Hilfstranche über 1 Milliarde Euro zu verschieben. Kurz danach gab Tsipras klein bei.

Beide Meldungen zeigen die triste Realität Griechenlands im Jahre sechs nach Beginn der Schuldenkrise: Deutsche Interessen werden bedient, griechische Bedürfnisse werden unterdrückt. Das ist die Folge des dritten Bailouts, der Athen beim Euro-Krisengipfel im Juli von Kanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) diktiert worden war.

Der ambivalente Berliner Erfolg

Was bedeutet diese Entscheidung für die EU und den Euro? Ganz offensichtlich ist sie ein Zeichen der Schwäche der griechischen und europäischen Linken. Obwohl oder gerade weil die Linke keinen radikalen Bruch mit der EU und dem Euro wollte, ist sie im Streit mit Deutschland und den meisten anderen Geberländern krachend gescheitert. Die Frage nach einem "Plan B" stellt sich mehr denn je.

Genauso offensichtlich ist der Durchmarsch des "deutschen Europa" (Ulrich Beck). Berlin hat seine Bedingungen diktiert. Und zwar nicht nur gegenüber Athen, sondern auch gegenüber Brüssel, wo Kommissionschef Jean-Claude Juncker auf Vermittlung setzte. Dass Juncker und sein Team brutal ausgebremst wurden, verheißt nichts Gutes für die Durchsetzungskraft der "Kommission der letzten Chance".



Eurotower in Frankfurt. Bild: Eric Chan/CC BY 2.0

Allerdings ist der Berliner Erfolg ambivalent. Denn zum einen hat der deutsche Deal viel politisches Kapital gekostet - im In- wie im Ausland. Merkel sah sich mit einer Mini-Revolte in der CDU konfrontiert, Schäuble wurde ein Staatsstreich vorgeworfen ("This is a Coup").

Außerdem hat der Deal keinerlei Fortschritt bei der Lösung der Eurokrise gebracht. Im Gegenteil: Griechenland wurde um Jahre zurückgeworfen, der ohnehin untragbare Schuldenberg wurde nochmals vergrößert. Dass Athen nach Ende des neuen "Programms" in drei Jahren auf eigenen Füßen stehen kann, glaubt kaum jemand in Brüssel.

Auch für die Eurozone als Ganzes ist der deutsche Deal problematisch. Schäuble ist es nämlich gelungen, erstmals einen "Time-Out", also einen Ausschluss aus der Eurozone, auf die Tagesordnung zu setzen. Damit hat er die Währungsunion angreifbar gemacht. Sie ist nun nicht mehr auf Dauer angelegt, sondern kann aufgespalten werden.

Gleichzeitig erweist sich sie reformunfähig. "Wer nicht spurt, fliegt raus", heißt die ebenso simple wie fatale Botschaft von Dr. Schäuble. Sie bedeutet, dass eine Reform der Regeln, denen die Währungsunion in Krisenfällen folgt, praktisch nicht mehr möglich

ist.

Fällige Umbauten wurden versäumt

Dabei hätte die Griechenland-Krise die Chance geboten, überfällige Umbauten anzugehen. So wäre es durchaus möglich gewesen, den IWF zu verabschieden und das Krisenmanagement in europäische Hände zu legen. Tsipras hat dies sogar gefordert, doch Berlin sagte Nein. Offenbar mißtrauen Merkel und Schäuble den EU-Institutionen so sehr, dass sie den IWF unbedingt im Boot halten möchten.

Abgeblockt wurden auch alle Versuche, die Troika abzuschaffen, Entscheidungen transparenter zu machen und Auflagen sozial verträglich zu gestalten. All dies hatte das Europaparlament gefordert - vergeblich. Parlamentschef Martin Schulz (SPD) ließ diese Forderungen ebenso fallen wie den "Marschallplan für Griechenland", den er im Europawahlkampf lauthals angekündigt hatte.

Druck wurde auch auf die fünf Präsidenten der Eurozone ausgeübt - um andere, deutschen Interessen möglicherweise widerstrebende Reformen zu blockieren. So hat Berlin verhindert, dass Eurobonds, ein Schuldentilgungsfonds oder andere neue Finanzinstrumente in den Werkzeugkasten der Währungsunion aufgenommen wurden - dabei gelten sie als Schlüssel zur Lösung der Eurokrise.

Alles, was nach Transferunion riecht, ist tabu. Berlin sträubt sich neuerdings sogar gegen Vorschläge, die früher zum Standardrepertoire deutscher Europapolitik gehört hatten. So will Berlin plötzlich keine Politische Union, keine echte Fiskalunion mit eigenen Steuern und schon gar keine Bankenunion mit gemeinsamer Einlagensicherung mehr.

Zwar setzen sich Frankreich und Italien für diese und andere Reformen ein. Doch solange Merkel und Schäuble an der Macht sind, haben sie keine Chance. Erst 2017, nach den Wahlen in Deutschland und Frankreich, werden die Karten neu gemischt. Bis dahin bleibt der Euro ein reformunfähiges, intransparentes und undemokratisches Regime.

Eric Bonse

Die Flucht vor der Realität

Zur Lage der EU - Teil 3

Die Beschlüsse zur Flüchtlingskrise lesen sich wie eine Mängelliste. In neun Absätzen haben die EU-Chefs Mitte Dezember fein säuberlich aufgelistet, was sie 2015 so alles beschlossen, aber dummerweise nicht umgesetzt haben. Hotspots, Quoten, Erfassung und Verteilung der Flüchtlinge, Schutz der Außengrenzen - all das soll nun bis Juni 2016 nachgeholt werden.

Es ist ein weiterer Beweis für die Flucht vor der Realität, die Europas Umgang mit der Flüchtlingskrise kennzeichnet. Denn die meisten Maßnahmen greifen viel zu kurz. Was soll die Umverteilung von 160.000 Menschen, wenn schon über eine Million angekommen sind? Was sollen die Appelle an die Solidarität, wenn selbst liberale Länder wie Schweden keine weiteren Migranten aufnehmen?

Der EU verschließt die Augen vor der Wirklichkeit, weil sie sich sonst ihr eigenes Scheitern eingestehen müsste. Dieses Scheitern begann schon vor Jahren, als die ersten Flüchtlinge in den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla, auf Malta oder Lampedusa ankamen. Damals verweigerten fast alle EU-Länder, Deutschland inbegriffen, die heute so viel beschworene Solidarität. Spanien,

Italien und Malta wurden verdonnert, die Probleme allein zu lösen.

Die Begründung lieferte das - aus heutiger Sicht völlig weltfremde - Dublin III-Abkommen. Es legt fest, dass für Asylanträge einzig und allein jenes EU-Land zuständig ist, in das der Antragsteller eingereist ist. Für Deutschland war das bequem, es war eine Insel der Seligen, umgeben von "sicheren" Herkunftsländern und den Dublin-Staaten. Für Griechenland war es eine Katastrophe.

Doch auch diese Maginot-Linie hielt nicht. Dublin schuf eine Illusion, nun ist sie geplatzt. Und wieder hat die EU versagt. Monatelang sah sie tatenlos zu, wie die Flüchtlingszahlen in die Höhe schnellten. Als die EU-Kommission schließlich die Umverteilung von 40.000 Asylbewerbern vorschlug, war das viel zu wenig - und doch schon viel zu viel für Briten, Iren, Dänen und viele Osteuropäer, die die Quote bis heute nicht mittragen.

Die Festung Europa lebt wieder auf

"Zu wenig Europa, zu wenig Union", klagte Kommissionschef Jean-Claude Juncker - und schlug eine Aufstockung um 120.000 weitere Flüchtlinge vor. Erneutes Scheitern, erneutes Leugnen. Als Kanzlerin Angela Merkel dann noch begann, im Alleingang das Dublin-Abkommen auszusetzen, war die Lage vollends außer Kontrolle. Denn Deutschland wirkt wie ein Magnet, die EU ist dagegen machtlos.

Bis heute hat sich an dieser Lage grundsätzlich nichts geändert. Allerdings werden die EU-Regeln nun völlig neu ausgelegt. Während im Sommer noch die von Schweden und Deutschland vorgegebene liberale Linie vorherrschte, geht es jetzt um Abschottung. Plötzlich reden alle so, wie Ungarns Viktor Orban schon im Sommer redete: Die EU müsse dringend ihre Außengrenzen sichern, heißt es in Brüssel.

So lebt die Festung Europa wieder auf, die in Wahrheit nie verschwunden, nur kläglich gescheitert war. Doch auch diese Realität wollen die EU-Granden nicht wahrhaben. Sie setzen ihre letzte Hoffnung ausgerechnet in die Türkei, die den Flüchtlingsstrom nach Europa monatelang angeheizt hatte. Ein Aktionsplan soll nun dafür sorgen, dass die Ägäis "sicher" abgeriegelt wird. Zum Dank will die EU neue Flüchtlinge direkt aus der Türkei übernehmen.

Man nennt es Realpolitik - doch auch dieser Plan ist weltfremd. Bisher hat die EU noch nicht einmal die 3 Mrd. Euro einsammeln können, die dem türkischen Regierungschef Ahmet Davutoglu versprochen worden waren. Und Merkel hat es auch nicht vermocht, genügend freie Plätze für die neuen Kontingentflüchtlinge aus der Türkei zu finden.

Ende November war von 500.000 zusätzlich aufzunehmenden

Migranten die Rede, jetzt sind es nur noch 50.000. Und selbst dafür hat die "Koalition der Willigen", die Merkel um sich schart, noch keine neue Heimat gefunden. Entscheidungen wurden auf das nächste Treffen der selbst ernannten EU-Kerngruppe im Februar vertagt. Doch auch dann ist kaum mit Fortschritten zu rechnen. Alle spielen auf Zeit und schieben den anderen den Schwarzen Peter zu.

Führungskrise ohne Lösung

Damit wächst die Gefahr, dass es zum großen Knall kommt. Anders als in der Eurokrise lässt er sich nicht mit einem Machtwort der Kanzlerin verhindern - denn Merkel ist in der Flüchtlingskrise selbst eine Getriebene, die auf die Hilfe der anderen angewiesen ist. Juncker kann beim besten Willen nicht liefern, Ratspräsident Donald Tusk ist zuletzt sogar auf Gegenkurs zu Deutschland gegangen.

Wir haben es also auch mit einer Führungskrise zu tun, für die sich keine Lösung abzeichnet. Merkel, Juncker und Tusk zerren an der EU, einen klaren Kurs hat keiner. Es ist ein bisschen wie bei der Meuterei auf der Bounty, am liebsten würden die meisten Passagiere aussteigen.

Hinzu kommt ein erbitterter Streit um die Souveränität. Denn die Aufnahme von Flüchtlingen und der Schutz der Grenzen berühren den Kernbereich staatlicher Gewalt. Je länger sich die EU als unfähig erweist, die Lage zu beruhigen, desto mächtiger werden jene

werden, die zurück zur alten, vermeintlich verlässlichen nationalen Souveränität wollen. Orban lässt grüßen, Marine Le Pen auch.

All das macht die Flüchtlingskrise so unberechenbar - und so gefährlich. Bis Juni haben sich die EU-Chefs noch gegeben, um sie zu entschärfen. In Realität dürfte sich das Schicksal der EU schon im Frühjahr entscheiden. Wenn dann immer noch so viele Flüchtlinge kommen wie Ende 2015, wird es ernst, übrigens auch für Merkel.

Eric Bonse

Die Schlafwandler aus Brüssel

Zur Lage der EU - Teil 4

Terror, Ausnahmezustand, Krieg. In atemberaubendem Tempo hat sich die Europäische Union 2015 vom Ideal der zivilen Friedensmacht wegbewegt. Als im Dezember auch Deutschland einem - wenn auch eher symbolischen - Kriegseinsatz in Syrien zustimmte, war es vorbei mit der Illusion, Europa könne sich aus den geopolitischen Großkonflikten des 21. Jahrhunderts heraushalten.

Nur drei Jahre, nachdem die EU mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden war, ist der alte Kontinent kein stabiler Ruhepol mehr. Im Gegenteil: Europa ist, wie der "Economist" schon 2014 schrieb, von einem "Feuerring" umgeben, in dem Krise, Krieg und Terror wüten. Ausgerechnet jene Länder, die Brüssel mit der "Nachbarschaftspolitik" stabilisieren wollte, stehen in Flammen.

Und die Konflikte im Krisenbogen von Marokko bis zur Ukraine strahlen immer mehr auf Europa aus. Die doppelte Anschlagswelle in Paris war offenbar in den Lagern des "Islamischen Staats" (IS) in Syrien vorbereitet worden. Und die größte Flüchtlingskrise seit dem 2. Weltkrieg ist direkt auf den Krieg in Syrien, aber auch auf die

Krisen im Irak, der Türkei und im Nahen Osten zurückzuführen. Der "Feuerring" bringt Europa zunehmend in Bedrängnis.



"Familienfoto" vom 17.12.2015. Bild: EU

Das ist nicht allein die Schuld der Europäer, auch wenn die Interventionen in der Ukraine oder in Libyen alles andere als friedensstiftend gewirkt haben. Zu einem Großteil sind die Ursachen in geopolitischen Manövern der USA, Russlands oder der Golfstaaten zu suchen. Das neue "Great Game" um die Ukraine und der Stellvertreterkrieg um Syrien haben die Region ebenso destabilisiert wie der weitgehend gescheiterte Arabische Frühling.

Allerdings hätte die EU diese Konflikte kommen sehen und

rechtzeitig reagieren müssen. Dies gilt vor allem für den Syrien-Krieg. Der Aufbau des "Islamischen Staates", die Anwerbung und Ausbildung "ausländischer Kämpfer" aus Europa, die Massenflucht der Syrer in die Türkei, die offenbar gut organisierte Überfahrt über die Ägäis nach Griechenland - all dies spielte sich direkt vor unserer Nase ab. Die EU konnte, ja durfte das nicht übersehen.

Doch erst, als auf den griechischen Inseln der Ausnahme-zustand ausgerufen wurde, beschäftigten sich die EU-Außenminister mit den "Fluchtursachen", wenn auch ohne greifbares Ergebnis. Und erst, als die zweite Terrorwelle Paris erschütterte, sannen die Innenminister auf Abhilfe. Zuvor hatte man EU-Beschlüsse, die als Reaktion auf den Mordanschlag auf "Charlie Hebdo" im Januar gefasst worden waren, monatelang links liegen lassen.

Die außenpolitische Debatte in Brüssel findet auf einem erbärmlichen Niveau statt

Auf ein Mea Culpa wartet man in Brüssel bis heute vergebens. Auch eine sicherheitspolitische Analyse der neuen Krisenlage haben die EU-Politiker - von der Außenbeauftragten Federica Mogherini bis hin zu Kommissionschef Jean-Claude Juncker und Ratspräsident Donald Tusk - nicht vorgelegt. Ähnlich wie die Schlafwandler vor dem 1. Weltkrieg sind die Verantwortlichen in Europa 100 Jahre später erneut abgetaucht.

Mogherini feilt immer noch an einer Strategie, die die alte außenpolitische EU-Doktrin von 2003 ersetzen soll. Nach allem, was man hört, werden Terrorismus und Flüchtlingskrise darin nur eine Nebenrolle spielen. Und die EU-Chefs schweigen. Beim letzten Gipfel des Jahres 2015 kam der Krieg in Syrien nur am Rande vor. Die EU unterstütze die Bemühungen der Syrien-Konferenz, heißt es unter Punkt sieben der Schlussfolgerungen. Das ist alles.

Auf welch erbärmlichen Niveau die außenpolitische Debatte in Brüssel stattfindet, zeigen zwei Begebenheiten der letzten Wochen. Die eine spielt gleich nach der Pariser Terrornacht vom 13. November. Frankreich nahm die neue Solidaritätsklausel in Artikel 42.7 des EU-Vertrags in Anspruch und forderte Beistand. Mogherini sagte prompt zu, ohne Aussprache. Dabei ist für Terrorakte ein anderer Passus des EU-Vertrags vorgesehen, nämlich Artikel 222.

Nun müssen die EU-Staaten "alle in ihrer Macht stehende militärische und sonstige Hilfe" leisten, um Frankreich beizustehen. Das gilt auch für Deutschland, wo sogar Regierungspolitiker bis vor kurzem nicht einmal wussten, dass es die EU-Beistandsklausel überhaupt gibt.

Entsprechend improvisiert fällt die Antwort aus. Eine europäische oder deutsche Strategie für den Syrien-Einsatz sucht man bis heute vergebens. Ob Brüssel oder Berlin nun im Krieg gegen den Terror

ist, bleibt unklar.

Die zweite Peinlichkeit spielte sich rund um den EU-Gipfel im Dezember ab. Diesmal ging es um die Sanktionen gegen Russland. Obwohl Moskau mittlerweile eine wichtige Rolle im Syrien-Krieg spielt, sollten die Strafmaßnahmen ohne Aussprache um sechs Monate verlängert werden. Nur Italien muckte auf und forderte eine politische Debatte. Doch die Italiener wurden hingehalten, der EU-Gipfel sparte das Thema aus. Am Ende gab auch Rom klein bei.

Selbst strategische Entscheidungen werden in Brüssel wie bürokratische Vorgänge behandelt. Eine Reflexion über außenpolitische Mittel und Ziele findet nicht statt, nicht einmal unter der viel gelobten neuen Außenbeauftragten Mogherini. Und so ist es auch kein Wunder, dass der Friedensnobelpreisträger EU über Nacht vom ewigen Frieden in einen unerklärten Krieg abgeglitten ist. Wie ein Schlafwandler, fast wie vor hundert Jahren.

Eric Bonse

Die Rückkehr der deutschen Frage

Zur Lage der EU - Teil 5

2015 war ein rabenschwarzes Jahr für die Europäische Union. Eurokrise, Flüchtlingskrise und Terrorismus haben an den Fundamenten der EU gerüttelt. Nur mit Mühe konnten die EU-Eliten ein Auseinanderbrechen ihres Clubs verhindern. Die meisten Probleme wurden vertagt oder mit Scheinlösungen übertüncht, wie diese Serie gezeigt hat.

Wie geht es im neuen Jahr weiter? Werden die Chefs erneut die Flucht nach vorn versuchen und mögliche Lösungen auf 2017 verschieben, also auf die Zeit nach den Wahlen in Deutschland und Frankreich? Oder ist Europa bereits in einem "Niedergang" begriffen, der sich kaum noch aufhalten lässt, wie die "Financial Times" unkt ("The decline of Europe is a global concern")?

Aus Brüsseler Sicht ist diese Sorge maßlos übertrieben. Zwar warnen fast alle EU-Chefs in schrillen Tönen vor einem "Scheitern" der Union. Doch die Rhetorik des Scheiterns verfolgt vor allem das Ziel, alle 28 Mitgliedstaaten und ihre nationalen Politiker bei der Stange zu halten (siehe Teil 1: dieser Serie: Die Rhetorik des Scheiterns).

Nachdem 2015 der Regelbruch zur Regel geworden war, sollen 2016 wieder alle brav den Vorgaben aus Brüssel folgen. Dann, so das Versprechen, werde auch alles gut.

Gleich zu Beginn des Jahres wollen die EU-Chefs zwei große Brocken abräumen: Den Streit um den Schuldenschnitt mit Griechenland und um den "Brexit" (EU-Austritt) mit Großbritannien. Athen und London sollen, so der Plan, mit kleinen Zugeständnissen ruhig gestellt werden. Bis Juni soll dann auch der gordische Knoten in der Flüchtlingskrise durchschlagen werden. Wie das gelingen soll, bleibt offen.

Denn die EU hat 2015 so viel Autorität eingebüßt, dass sie eine Umsetzung ihrer eigenen Beschlüsse kaum noch durchsetzen kann. Vor allem die EU-Kommission wirkt wie ein Papiertiger. In allen großen Streitfragen des letzten Jahres - Griechenland, Ungarn, Polen - hat sie den Kürzeren gezogen. Kommissionschef Jean-Claude Juncker und sein Team der "letzten Chance" dürften 2016 weiter an Bedeutung verlieren; ihren Zickzackkurs in der Flüchtlingspolitik können sie allein nicht zum Erfolg führen.

Eine Alternative wäre, Druck auf die "Unwilligen" in Osteuropa auszuüben. In der "Koalition der Willigen" um Kanzlerin Angela Merkel denkt man schon laut darüber nach. Wer nicht mitziehe, müsse mit Entzug von EU-Hilfen rechnen, droht Österreichs Kanzler

Werner Faymann. Schließlich könnten die Nettozahler Osteuropa nicht ewig subventionieren, wenn diese Solidarität verweigern.

Allerdings könnte sich die finanzielle Knute schnell als Bumerang erweisen. Wer Polen oder Ungarn die EU-Hilfen streicht, muss mit Trotz-Reaktionen rechnen. Außerdem passt die Sanktionsdrohung schlecht zu dem Plan, dem britischen Premier David Cameron im Brexit-Streit mit Zugeständnissen zu helfen. Schließlich verweigert auch Großbritannien Solidarität. Und zwar nicht nur in der Flüchtlingskrise, sondern auch beim Euro.

Das "deutsche Europa" und die Reaktionen

Bleibt die Möglichkeit, dass Deutschland seine Muskeln spielen lässt, um eine Lösung der Flüchtlingskrise zu erzwingen. Mit ihrer "Koalition der Willigen" hat sich Merkel schon ein Druckmittel geschaffen. Doch selbst die Willigen ziehen bisher nicht richtig mit. Sollte Berlin tatsächlich Druck ausüben, würde dies zudem die Wut auf Kanzlerin Merkel und das "deutsche Europa" nähren.

Wie groß diese Wut mittlerweile ist, machte Italiens Regierungschef Matteo Renzi beim EU-Gipfel im Dezember deutlich. Er könne nicht verstehen, wieso Deutschland im Streit um Bankenunion und Gaspipelines bevorzugt werde, sagte der Sozialdemokrat. Die EU müsse allen 28 Mitgliedsländern dienen und nicht nur einem. Andernfalls werde das Populismus und Nationalismus in ganz

Europa anheizen.

Anders ausgedrückt: Der deutsche Nationalismus, der die EU erfolgreich für seine Zwecke einspannt, führt zu einer antieuropäischen - oder antideutschen - Gegenreaktion im Rest Europas. In Brüssel sprechen manche auch von einer "Abrechnung": In der Flüchtlingskrise müsse Deutschland den Preis für seinen harten Kurs in der Eurokrise bezahlen.

Jetzt sei "Paytime", sagt sogar Parlamentschef Martin Schulz. Weil Berlin jahrelang vor allem deutsche Interessen durchgesetzt habe, könne es nun nicht mit Solidarität rechnen. Das ist zwar nicht ganz logisch, denn gerade die "unwilligen" Osteuropäer konnten sich bisher nicht über mangelnde Unterstützung beklagen.

Klar ist jedoch, dass die deutsche - und nationale - Frage zurück ist. 2015 wurden reihenweise Regierungen abgewählt, die die EU-Politik und den von Deutschland vorgegebenen Kurs bei der Euro-Rettung unterstützt haben. In den Krisenländern Griechenland, Portugal und Spanien schlug das Pendel eher nach links aus, in Österreich, Polen, Frankreich und Finnland deutlich nach rechts.

Aus Brüsseler Sicht wirkt das anachronistisch. Schließlich predigen die EU-Eliten seit Jahren, dass der Nationalstaat überfordert und Europa die Lösung sei. Doch die Antworten, die die EU in Brüssel gibt, überzeugen viele Europäer nicht mehr. Ihnen erscheint die EU

nicht mehr als Teil der Lösung, sondern als Teil des Problems.

Je weniger die EU ihre Ziele erreicht, desto größer wird offenbar die Zahl der Menschen, die nach nationalen Lösungen suchen. Dies schwächt die EU weiter, denn nationalistische Regierungen sind kaum zu Kompromissen bereit.

Es ist ein Teufelskreis. Und Deutschland steckt mittendrin. Dabei war die EU doch gegründet worden, um die deutsche Frage ein für allemal zu lösen…

Tomasz Konicz

Merkel allein im europäischen Haus

Der Zerfall des "Deutschen Europa" schreitet angesichts des zunehmenden Nationalismus rasant voran

In den Führungsreigen der deutschen Sozialdemokratie scheinen manche Spitzenpolitiker inzwischen die Nerven zu verlieren. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) hat schon Ende November den Schuldigen für die "Spaltung Europas" in der gegenwärtigen Flüchtlingskrise benannt. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble habe mit seiner gnadenlosen Machtpolitik in der Eurokrise viel böses Blut geschaffen, sodass nun viele Eurostaaten auf Revanche aus seien. Deutschland erhalte in der Flüchtlingskrise "die Quittung" für die Politik Berlins in der Eurokrise: Damals habe man in Deutschland "mächtig die Muskeln spielen lassen", erinnerte sich Schulz, und Schäuble sei "ganz scharf" darauf gewesen, "den anderen einzuhämmern, sich ein Beispiel am deutschen Modell zu nehmen".

Beim jüngsten SPD-Parteitag attackierte nun auch der SPD-Vorsitzende Siegmar Gabriel Mitte Dezember die europäische Sparpolitik von Kanzlerin Angela Merkel, die er für das Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Kräfte in Europa verantwortlich machte. Er habe Merkel immer wieder davor

gewarnt, "Frankreich diesen Sparkurs aufdiktieren zu wollen", behauptete Gabriel. Hätte CDU nur auf ihn gehört, dann "wäre Frau Le Pen nicht so weit, wie sie jetzt gekommen ist", behauptete der SPD-Vorsitzende: "So kann man mit einem Land nicht umgehen."

Gäbe es noch ein nennenswertes öffentliches Kurzzeitgedächtnis, dann wäre es eigentlich überflüssig, daran zu erinnern, dass es gerade SPD-Spitzenpolitiker waren, die in der Eurokrise zu den größten Scharfmachern und chauvinistischen Aufwieglern gehörten. Insbesondere der stramm national gesinnte "Sozialist" Sigmar Gabriel tat sich mit rechtspopulistischen Hetzereien gegen Griechenland hervor, die ihn Vorwürfe einbrachten, AfD-Positionen zu übernehmen. Berüchtigt bleibt etwa die Entgleisung SPD-Chefs, wonach "die deutschen Arbeitnehmer und ihre Familien" die "überzogenen Wahlversprechen einer zum Teil kommunistischen Regierung" in Athen zu bezahlen hätten. Niemand spaltet so konsequent wie die deutsche Sozialdemokratie. Auf dem Höhenpunkt der Griechenland-Krise agierte Gabriel als der Hetzer des kleinen Mannes.

Doch wieso vollführen die national gesinnten "Genossen" in der Großen Koalition nun - wie schon so oft in ihrer Geschichte - eine Kehrtwende? Zum einen ist es der taktische Versucht der SPD, sich als "gemäßigte" Alternative zu Schäuble/Merkel zu präsentieren. Doch wird dieses taktische Manöver hauptsächlich durch den sehr

realen europaweiten Gegenwind motiviert, den die Großmachtpolitik Berlins in der Eurokrise auslöste.

Die rücksichtslose Durchsetzung nationaler Interessen durch die Bundesregierung, die an Griechenland ein abschreckendes Exempel statuierte, um künftigen Widerstand gegen die deutsche Dominanz in Europa im Keim zu ersticken (Willkommen in der Postdemokratie), hat dem Nationalismus in Europa ungeheuren Auftrieb verschafft. Die oben genannten Sozialdemokraten sehen somit zurecht einen kausalen Zusammenhang zwischen deutschem Chauvinismus und der nationalistischen Welle, die Europa zu überrollen droht.

Zum einen ist es der soziale und wirtschaftliche Fallout des desaströsen europaweiten Spardiktats, der den Rechtsextremismus in Europa Auftrieb verschafft. Hier können tatsächlich Parallelen zur Endphase der Weimarer Republik gezogen werden, als die Sparpolitik des "Hungerkanzlers" Brüning mitten in der Weltwirtschaftskrise einen massiven Wirtschaftseinbruch und Verelendungsschub auslöste. Die Unterwerfung der Gesellschaft unter eine zum Scheitern verurteilte Sparpolitik befördert entsprechende Ideologien der Unterwerfung unter die kriselnde, mitunter offen kollabierende Kapitallogik - letztendlich einen Extremismus der Mitte, der die krisenbedingt eskalierenden inneren Widersprüche des Kapitalismus mittels einer

extremistischen Zuspitzung und Irrationalisierung der gegebenen kapitalistischen Ideologien zu Externalisieren trachtet.

Der alltägliche kapitalistische Konkurrenzkampf wird durch diese rechtsextremen Krisenideologien - die niemals den Kapitalismus infrage stellen können - mit rassistischen, kulturistischen, sexistischen oder antisemitischen Ressentiment aufgeladen (siehe hierzu: "Die Steigbügelhalter").

Hieraus resultierte eine nationalistische Rechtsverschiebung des politischen Koordinatensystems in vielen Eurostaaten, die in Reaktion auf die deutschen "Muskelspiele" einsetzte. Die SPD hat also mit ihrer Einschätzung durchaus recht - nur verschweigen die Parteioberen ihren Anteil an dieser Entwicklung. Offensichtlich ist dies im Fall Frankreichs, wo der Front National (FN) nur aufgrund des Mehrheitswahlrechts bei den jüngsten Regionalwahlen keinen überwältigenden Wahlsieg verzeichnen konnte.

Die antideutsche und antieuropäische Stoßrichtung des europäischen Neo-Nationalismus

Der Erfolg der von Marine Le Pens "modernisierten" Faschisten in Frankreich, die sich von offensichtlicher faschistischer Hetze und Ästhetik verabschiedet haben, resultiert nicht zuletzt aus dem neo-nationalistischen Wirtschaftsprogramms des FN, das den "Austritt aus dem Euro, die Schließung der Grenzen und die Einführung von

Importzöllen" vorsieht, um "Frankreich zu alter Größe zurückführen", wie die Zeit empört berichtete.

Gegenüber der Financial Times brachte Le Pen, zur Begeisterung der kremlnahmen Nachrichtenagentur Sputniknews, ihre einfache Weltsicht auf den Punkt: "Ein Verzicht auf den Euro ist der einzige Weg, um alle unsere Wirtschaftsprobleme zu lösen." Die Sparpolitik Schäubles hat somit in Frankreich, das unter Mitterand den Euro zu einer Vorbedingung der Wiederverneinung machte, Kräfte aufkommen lassen, die diese strategische Entscheidung nun revidieren wollen. Es ließe sich nur fragen, ob Schäuble - als ein alter Verfechter des deutschen Kerneuropa-Konzeptes - dies auch voll beabsichtigt.

Mit den Austrittsdrohungen reagiert der FN auf die enormen Handelsüberschüsse, die Deutschland seit der Euroeinführung und Durchsetzung der Agenda 2010 gegenüber Frankreich erzielt. Diese nationalistische Beggar-thy-neighbor-Politik der deutschen Exportindustrie, die den Euro zum europaweiten Export von Schulden und Arbeitslosigkeit nutzte (Der Aufstieg des deutschen Europa), lässt nun offensichtlich Tendenzen zum nationalistischen Protektionismus in Frankreich aufkommen, wo ein ähnlicher Sozialkahlschlag, wie in Berlin im Rahmen von Hartz IV durchsetzte, nicht machbar ist.

Und gerade hierauf beruht der ideologische Erfolg der modernisierten Nazis um Marie Le Pen: Sie scheinen einen sozial-nationalistischen Ausweg aus der Krise zu weisen, ohne mit der kriselnden Kapitallogik brechen zu müssen. Dass dieser neo-nationalistische Wirtschaftswahn angesichts des erreichten Globalisierungsniveaus und der voll entfalteten kapitalistischen Krisendynamik nicht realisierbar ist, merkt die französische Rechte genauso wenig wie die aufkommende deutsche Querfront, in der ja ähnliche "Wirtschaftskonzepte" herumspuken.

Diese antieuropäische Stoßrichtung des europäischen Neo-Nationalismus, die letztendlich eine Reaktion auf die europäische Dominanz Deutschlands darstellt, wird auch bei den polnischen Rechtspopulisten der PiS (Recht und Gerechtigkeit) offensichtlich, die kurz nach der Regierungsübernahme die Europafahnen aus Staatseinrichtungen entfernen ließen, während polnische Neonazis in Worclaw den Nationalfeiertag damit begingen, gemeinsam mit EU-Fahnen - von den reichlich vertretenen Polizeikräften absolut unbehelligt - auch "Juden-Puppen" zu verbrennen.

Die Welt verschaffte ihren Lesern einen kurzen Einblick in die ideologischen Wahngebilde, die Polens Rechte absondert. Von Monarchisten, führergeilen Nazis, Klerikalfaschisten bis hin zu bürgerlich auftretenden Rechtspopulisten ist dort alles zu finden, was sich auch auf einer gewöhnlichen Pegida-Demo in Deutschland

herumtreibt. Wobei die allgemeine Wahrnehmung Polens als einer wirtschaftlichen "deutschen Kolonie" die einzige, verzerrte Spur von Realität in diesen absurden Fantasiegebilden darstellt.

Die europäische Dominanz Deutschlands wird spätestens seit dem Exempel, das Schäuble Mitte 2015 an Griechenland statuierte, offen im publizistischen Umfeld der nun regierenden PiS diskutiert. Das konservative Nachrichtenmagazin Wprost fragte kurz nach dem deutschen Diktat gegenüber Hellas, ob man sich "vor dem 4. Reich" fürchten müsse, da die "eiserne Kanzlerin" mit Europa das anstelle, was "die Wehrmacht vor 70 Jahren machte". In dem konservativen Wochenblatt wSieci lamentierte man über die "Sonderwege" der Deutschen, die sich als "die Lehrmeister Europas" aufführten. Die "deutsche Hegemonie" sei das "neue Problem Europas", hieß es auch Ende Oktober auf der größten polnischen Internetplattform wp.pl. Nur weil in Deutschland die deutsche Dominanz nicht diskutiert wird, heißt es noch lange nicht, dass dies im Ausland auch nicht geschieht.

Die polnischen Rechtspopulisten gingen sofort nach Regierungsantritt auf Konfrontationskurs mit Berlin, was vor allem beim letzten EU-Gipfel offensichtlich wurde, als Berlin sich mit wachsendem Widerstand nicht nur gegenüber der deutschen Flüchtlingspolitik, sondern auch bei der Energiepolitik Berlins konfrontiert sah.

Neben Osteuropas Rechtsregierungen war es vor allem der italienische Regierungschef, der mit Merkel abrechnete. Er habe "genug von einem Europa, in dem Berlin das sagen hat", empörte sich Italiens Premier Renzi über den Ausbau der Nordstream Pipeline zwischen Deutschland und Russland - nachdem Berlin dafür gesorgt hat, dass italienisch-russische Southstream-Projekt seitens der EU-Kommission auf Eis gelegt wurde.

Die offene Torpedierung der deutschen Flüchtlingspolitik auf europäischer Ebene durch Polens Rechtsregierung dürfte nur den ersten Akt einer konfrontativen Politik Warschaus darstellen, die zur weiteren Desintegration der EU beitragen wird. Polens Nationalisten machen gegen die nationalistische Europapolitik Berlins mobil. Und selbstverständlich wird nur deswegen der Demokratieabbau, den Polens Rechtspopulisten forcieren, in deutschen Medien überhaupt thematisiert. Das auf deutschen Sparkurs verbliebene Spanien, in dem die jetzt abgewählte Rechtsregierung Rajoy drakonische Einschnitte von Bürgerrechten durchpeitschte, die an die "dunklen Zeiten des Franco-Regimes" (NYT erinnern, wird in deutschen "Leitmedien" hingegen als ein - deutscher - "Reformerfolg" bejubelt.

Wir sind Hegemon

Die Financial Times brachte die Folgen dieser zunehmenden

Auseinandersetzungen in der EU - die inzwischen nur noch eine institutionelle Bühne für zunehmende zwischenstaatliche Machtkämpfe darstellt - in einem aktuellen Kommentar auf den Punkt. In den "Merkel-Jahren" sei Deutschland zu dem "unangefochtenen Führer der EU" aufgestiegen, doch habe eine Krisenkaskade (Eurokrise, Migration, Terrorismus, drohender Austritt Großbritanniens aus dem Euro) dafür gesorgt, dass Deutschland auf europäischer Ebene nun "isolierter ist als in vielen Jahren". Neben den Verstimmungen mit Südeuropa seien nun die Beziehungen Berlins sowohl mit Frankreich als auch mit Polen nachhaltig getrübt.

Das deutsche Vabanque-Spiel um die Hegemonie in Europa, bei dem Berlin immer wieder in machtpolitischen Eskalationen alles auf eine Karte setzte, um sich gegenüber den europäischen "Partnern" durchzusetzen (Der Aufstieg des deutschen Europa), konnte nur deswegen eine Zeit lang aufgehen, weil gemäßigte bürgerliche Regierungen vor den Konsequenzen einer offenen Auseinandersetzung mit dem deutschen Dominanzstreben zurückschreckten. Nun gewinnen in vielen europäischen Ländern nationalistische Kräfte an Zulauf, die vor diesen Konsequenzen nicht zurückschrecken. Die paar jämmerlichen "Bürgerrechte", die der Spätkapitalismus seinen Insassen noch zugestand, blieben bei dieser neo-nationalistischen Desintegration der Eurozone gänzlich

auf der Strecke - in Polen wie in Spanien. Und demnächst sicherlich auch in der BRD.

Deswegen war die Ausrufung Deutschlands zum "Hegemon" in Europa, die Herfried Münkler als wichtigster akademischer Propagandist des deutschen Hegemonialstrebens in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Ende August unter dem Titel "Wir sind Hegemon" vornahm, schlicht nicht zutreffend.

Denn selbstverständlich hat Deutschland keine Hegemonie in Europa errungen, wie sie etwa die USA in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts im westlichen Bündnissystem innehatten. Ein Hegemon ist zwar der größte Nutznießer eines korrespondierenden Machtsystems, doch muss er seine Position nicht beständig gegen Angriffe der untergeordneten Mächte verteidigen, weil diese die Position des Hegemons akzeptieren. Dies taten die Europäer, Deutschland und Japan in der Phase des Kalten Krieges gegenüber dem Hegemon USA aus schlichtem Eigennutz. Die Position des Hegemons ist nur dann zu halten, wenn die anderen "Mittelmächte" aus dieser Machtposition ebenfalls Vorteile schöpfen - etwa in Gestalt des militärischen "Schutzes", den die USA Westeuropa vor der Sowjetunion gewährten.

Dies ist in der gegenwärtigen Krisensituation in Europa nicht mehr der Fall, da Deutschland die Machtlandschaft dominiert, ohne dass

diese Dominanz von den anderen europäischen Mächten akzeptiert würde. Deutschland kann seinen Willen folglich europaweit nur dann anderen Staaten aufzwingen, wenn es konkrete - zumeist wirtschaftliche und finanzielle - Machthebel einsetzen kann (siehe Hellas). Falls dies nicht hinreichend der Fall ist, kann sich Berlin auch nicht durchsetzen (siehe Flüchtlingskrise). Im Verlauf dieser auf bloße Machtausübung beschränkten Dominanzphase Berlins nimmt folglich die Isolation der BRD auf europäischer Ebene immer stärker zu.

Erst unter Berücksichtigung der Wechselwirkung dieser europäischen Machtlandschaft mit der sich zuspitzenden systemischen Krisendynamik wird der Abgrund zwischen dem deutschen Anspruch auf die europäische Hegemonie und der krisenhaften Realität bloßer machtpolitischer Dominanz Berlins voll ersichtlich. Während die Hegemonie der USA von dem lang anhaltenden konjunkturellen Nachkriegsboom getragen wurde, an dem alle westlichen Kernländer partizipieren konnten, ist die deutsche Dominanz in Europa nur die Folge eskalierender Krisenkonkurrenz.

Deutschlands wirtschaftlicher "Erfolg" - und folglich auch seine Dominanz - beruht auf der Verelendung seiner europäischen Konkurrenten, die vermittels der besagten Beggar-thy-neighbor-Politik betreiben wird. Erfolgreiche kapitalistische Wirtschaftspolitik

ist in der gegenwärtigen Systemkrise nur auf Kosten anderer Volkswirtschaften möglich. Den Euroländern bleibt mittelfristig keine andere Option, als gegen diese Struktur der Eurozone, in der die BRD mittels Handelsüberschüssen einen regelrechten Neo-Merkantilismus betreibt, zu rebellieren.

Da es die Linke nicht vermochte, eine progressive Antwort auf dieses deutsche Dominanzstreben zu finden, droht nun Europa der Rückfall in die finstersten Zeiten des ungehemmten europäischen Nationalismus, der angesichts der vorangeschrittenen Krisendynamik nur in die Barbarei führen kann.

Tomasz Konicz

Die Nation in der Krise

Die eskalierende Krisendynamik hinterlässt bösartige ideologische Verfallsformen von Nationalismus und Rechtsextremismus

» Die endlich als solche verwirklichte und anerkannte Eine Welt, gebannt in die krisenhaft sich auflösende Fetischform des warenproduzierenden Systems, enthüllt sich als Horror- und Terrorvision eines beginnenden Weltbürgerkrieges, in dem es keine festen Fronten mehr gibt, sondern nur noch blinde Gewaltausbrüche auf allen Ebenen. «
Robert Kurz, Der Kollaps der Modernisierung, 1991

Auch ein blindes Wirtschaftshuhn findet mal ein Körnchen Wahrheit. Henrik Müller, Spiegel-Online Wirtschaftskolumnist und ehemaliger Chefredakteur des Manager Magazin, setzte sich anlässlich der Neuwahl in Griechenland mit einer Illusion auseinander: mit der Illusion nationaler Souveränität.

"Die einzelnen Nationen können kaum noch etwas gestalten"

Die nationale Politik benehme sich überall auf der Welt so, "als ob sie ihre Geschicke selbst bestimmen" könne, was sich angesichts der jüngsten Ereignisse in Griechenland und auch in den USA als

Illusion erweise. Müller nennt in diesem Zusammenhang nicht nur das Berliner Krisendiktat gegenüber Athen, sondern auch das Zurückschrecken der US-Notenbank vor einer Leitzinserhöhung.

Griechenland hätte sich den "Vorgaben der Gläubiger" ebenso beugen müssen wie die Fed der angespannten Wirtschaftslage in China, um so "eine weltweite Kettenreaktion" zu verhindern. Man könne kaum noch von nationaler Souveränität sprechen, wenn die "Notenbanker der größten Volkswirtschaft der Erde" nicht mehr "souverän über ihre Währung zu gebieten," so Müller.

Die "wechselseitigen Einflüsse" seien im Rahmen der Globalisierung inzwischen derartig angewachsen, dass eine nationale Regierung "kaum noch irgendetwas entscheiden kann, ohne andere Länder damit zu beeinträchtigen". Überall, wo Nationen es dennoch versuchten, "richten sie großen Schaden an". Und dennoch scheine das Denken in nationalen Kategorien wieder eine Renaissance zu erleben, wunderte sich Müller:

» Die einzelnen Nationen können kaum noch etwas gestalten. Trotzdem bestimmt das überkommene Prinzip nationaler Souveränität nach wie vor die Politik. Ja, es ist sogar seit einigen Jahren wieder im Aufwind… «

Und tatsächlich findet eine krisenhafte Zuspitzung dieser beiden gegenläufigen Tendenzen statt. Die Nationen, das nationale Prinzip

scheint auf dem Vormarsch in einer krisengeschüttelten Zeit, in der der Prozess der kapitalistischen, negativen Globalisierung auf die Spitze getrieben scheint. Niemals zuvor in der Geschichte des Kapitalismus war die transnationale wirtschaftliche Verflechtung so eng wie derzeit. Das gilt vor allem für die Bundesrepublik, die alljährlich extreme Handelsüberschüsse erwirtschaftet.



Foto: Cezary Piwowarski/CC BY-SA 3.0

Doch zugleich nehmen die nationalen und geopolitischen Spannungen weltweit zu, gewinnen nationalistische und rechtsextreme Bewegungen rasant an Zulauf. Es scheint als ob der Drang zu einer globalen Vergesellschaftung, der der negativen, rein konkurrenz- und marktvermittelten Globalisierung innewohnt,

zugleich all die Zentrifugalkräfte hervorbringen würde, die dieser Globalisierungstendenz entgegenwirken.

Während die globalen Handelsströme - und die globalen Ungleichgewichte - zunehmen, gewinnen nationalistische und separatistische Bewegungen an Zulauf. Auch und gerade beim Exportweltmeister Deutschland, im Land von Pegida und der AfD. Zudem nehmen ja die nationalen Auseinandersetzungen tatsächlich zu, wie es ja während der letzten Griechenlandkrise offensichtlich wurde (Deutschlands Wirtschaftskrieg).

Auch die widerlichen und menschenverachtenden geopolitischen Machtspiele um die Ukraine (Geopolitisches Déjà-vu), das nicht enden wollende Gemetzel im arabischen Raum (Mad Max im Zweistromland) oder das "Great Game" in Ostasien belegen die zunehmende geopolitische Instabilität des wirtschaftlichen Globalisierungsprozesses.

Der fehlende nationale ökonomische Bezugsrahmen

Je stärker die wirtschaftliche Verflechtung, desto stärker die nationale Konkurrenz. Dieser Eindruck stellt sich deswegen ein, weil beide gegenläufigen Tendenzen Teil der krisenbedingt zunehmenden Widerspruchsentfaltung im Spätkapitalismus sind. Alles im Spätkapitalismus drängt zur regelrechten Flucht in die Globalisierung, doch zugleich lässt das sich immer deutlicher

abzeichnende Scheitern dieser krisenhaften kapitalistischen Globalisierung all die ideologisch absolut dysfunktionalen neo-nationalistischen Ideologien aufkommen, denen die ökonomische Basis - die nationale Volkswirtschaft - längst abhandengekommen ist.

Die nationale Politik ist machtlos, weil sie keinen einigermaßen geschlossenen nationalen ökonomischen Bezugsrahmen mehr vorfindet: Stattdessen agieren die Staaten - und auch viele Regionen innerhalb der Nationalstaaten - als bloße Wirtschaftsstandorte im globalen Wettbewerb, wobei die alten nationalen sozioökonomischen Verflechtungen zusehends durch globale Fertigungsketten und Absatzmöglichkeiten zersetzt werden.

Für die avancierte Industrie in Bayern ist China wichtiger als Mecklenburg-Vorpommern. Die nationale "Volkswirtschaft" ist in Auflösung begriffen, die Nation stellt nur noch einen Hohlkörper dar, an den sich brandgefährliche Krisenideologien klammern.

Die Globalisierung selbst stellt ein Krisenphänomen dar, sie ist Ausfluss der Tendenz des Kapitals, vor seinen inneren Widersprüchen in eine - äußere - Expansion zu flüchten. Konfrontiert mit der sich immer stärker abzeichnenden Krise der - nationalen - Arbeitsgesellschaft (Die Krise kurz erklärt) nahm die

internationale wirtschaftliche Verflechtung des Kapitals ab den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts eine neue Qualität an.

Im Rahmen der sich verschärfenden Krisenkonkurrenz gingen Unternehmen und Konzerne dazu über, unter Ausnutzung neuer technologischer und logistischer Möglichkeiten globale Fertigungsketten aufzubauen und immer neue arbeitsintensive Fertigungsschritte in Billiglohnländer auszulagern, um von dem enormen globalen Lohngefälle zu profitieren.

Krisenfolgen auf andere abwälzen

Der rasche Aufstieg der Schwellenländer - hier insbesondere Chinas - ist gerade Folge dieses ungeheuren Schubs globaler ökonomischer Verflechtung, in dessen Gefolge die Illusion einer nachholenden Industrialisierung in der Semiperipherie des kapitalistischen Systems aufkam. Die Schwellenländer - die sich nun zumeist schweren wirtschaftlichen Verwerfungen ausgesetzt sehen -, galten ja der brüderlichen Wirtschaftswissenschaft lange Jahre als künftige Lokomotiven der Weltwirtschaft, die eine neue Ära der Prosperität einleiten würden. Die Lohnabhängigen in den Zentren des Weltsystems, in den USA wie in Westeuropa, konnten so trotz eines stagnierenden Lohnniveaus mit billigen Warenströmen versorgt werden.

Dennoch handelte es sich beim Boom der Schwellenländer um eine

Illusion, die nun offensichtlich zerplatzt. Die Globalisierung wurde maßgeblich durch die sich intensivierende Konkurrenz befeuert, doch ihre jahrzehntelange Dynamik ist nur unter Berücksichtigung der zunehmenden globalen Ungleichgewichte in den Handels- und Leistungsbilanzen zu verstehen.

Die diesen Ungleichgewichten zugrunde liegende Verschuldungsdynamik ermöglichte erst die lang anhaltende Globalisierungsperiode, bei der exportorientierte Volkswirtschaften (etwa die BRD, früher auch China) ihre Handelsüberschüsse in sich immer weiter verschuldende Zielländer (hier vor allem die USA, aber auch eine Zeit lang Europa) ausführten.

Die Globalisierung mit ihrer Tendenz zur Schaffung größerer einheitlicher Wirtschaftsräume und Freihandelszonen ermöglichte gerade diese ungeheure Dynamisierung der krisenbedingten Verschuldungsprozesse des spätkapitalistischen Weltsystems.

Unterm Brennglas ist dies in der Eurozone nachzuvollziehen, wo die Einführung des Euro der südlichen Peripherie die Kreditkonditionen des nördlichen Zentrums gewährte - und bis zum Platzen der hiernach einsetzenden europäischen Schuldenblasen allen Beteiligen eine gute Defizitkonjunktur verschaffte. Das brutale Machtspiel um die Macht in der erodierenden Eurozone setzte erst nach dem Krisenausbruch ein.

Die Auflösung der alten nationalen "Volkswirtschaften" wurde durch die zunehmende Krisendynamik vorangetrieben, durch die Tendenz des Kapitals, vermittels permanenter Produktivitätsfortschritte sich seiner eigenen Substanz - der wertschaffenden Lohnarbeit - zu entledigen und somit die kapitalistische Arbeitsgesellschaft in eine systemische Überproduktionskrise zu führen, die nur durch fortlaufende Ausweitung des Kredits, durch Verschuldungsprozesse noch kreditgenerierte Nachfrage schaffen konnte.

Die zunehmende Verdrängungskonkurrenz auf den "enger" werdenden Märkten trieb die Konzerne in die Globalisierung, die zudem die Kreditausweitung auf den Finanzmärkten zusätzlich befeuerte. Einige Zahlen mögen dies illustrieren:

Die Unternehmensberatung McKinsey gab jüngst an, dass die globale Gesamtverschuldung zwischen 2007 und 2014 von 269 auf 289 Prozent der Weltwirtschaftsleistung angeschwollen ist. Der Geneva Report herausgegeben von dem "International Centre for Monetary and Banking Studies", gab im September 2014 die langfristige Zunahme der Weltschulden (unter Ausschluss des Finanzsektors) an: Diese seien von 160 Prozent der Weltwirtschaftsleistung in 2001, über 200 Prozent in 2009, auf 215 Prozent in 2013 geklettert.

Der Report warnte vor einer "giftigen Kombination" aus hohen und weiterhin steigenden Schulden und erlahmendem Wirtschaftswachstum. Das geringfügig sinkende Schuldenniveau in dem Finanz- und Privatsektor der entwickelten Ökonomien sei durch den Anstieg ihrer "öffentlichen Verschuldung" und ein rasches Anschwellen der Verschuldung in den Schwellenländern überkompensiert worden.

» Entgegen der allgemeinen Überzeugung hat die Welt nicht angefangen, sich zu entschulden, und das Größenverhältnis zwischen Schulden und BIP steigt weiter an, indem es immer neue Rekorde bricht. «

Nachdem die Zentren des Weltsystems 2008 ihre großen Schuldenkrisen durchlebten, verlagerte sich die Verschuldungsdynamik in die Schwellenländer, die derzeit in den entsprechenden Krisenschüben an ihre Grenzen stoßen. Ein Paradebeispiel hierfür ist ja gerade China, dass bis zur Weltwirtschaftskrise 2008 gigantische Handelsüberschüsse mit den - sich immer weiter verschuldenden - USA und Europa erwirtschaftete, um hiernach, ab 2009, selber die Defizitkonjunktur auszubilden, die derzeit kollabiert.

Der globalisierte Verschuldungsprozess stößt somit immer deutlicher an seine Grenzen. Und es ist gerade diese sich immer

deutlicher Abzeichnende "innere Schranke" (Robert Kurz) des Kapitals, die all die von Henrik Müller beklagten Tendenzen überhandnehmen lässt: die zunehmenden nationalen Auseinandersetzungen und nationalistischen Absonderungen, wie die Einsicht in die Ohnmacht der nationalen Politik. Müller klagt:

» So wirbt in der EU kaum noch ein Politiker für die Überwindung nationaler Strukturen. Stattdessen herrscht ein großes, hässliches Gerangel nationaler Interessen. «

Das Gefühl der Heteronomie, des Ausgeliefertseins an übermächtige Sachzwänge und Verwerfungen einer amoklaufenden Ökonomie, die einer Naturgewalt gleich ganze Regionen und Länder sozioökonomisch verwüstet, geht mit der Tendenz einher, die Krisenfolgen auf andere abwälzen zu wollen.

Krisenkonkurrenz: "Wer steigt ab?"

Die sich allgemein verschärfende Krisenkonkurrenz tobt auch unter den zu "Wirtschaftsstandorten" zugerichteten Nationalstaaten, wie auch unter den einzelnen Regionen.

Deshalb nimmt in Europa der Separatismus gerade in der Krise überhand (Konjunktur für Separatismus), da hier zumeist ökonomisch avancierte Regionen innerhalb von Krisenstaaten (Spanien, Italien, Belgien) bemüht sind, durch eine Sezession sich

ökonomische Vorteile zu verschaffen - zumal die Nationalökonomien ja bereits in Auflösung übergegangen sind. Die Katalanen wollen Andalusien loswerden, Flandern die Wallonen, Norditalien die Elendsgebiete im Süden Italiens.

Der sich verschärfende "objektive" Zerfall des kapitalistischen Weltsystems, der immer größere sozioökonomische Zusammenbruchsregionen hinterlässt und letztendlich zum Staatszerfall führt, wird gerade in Form der zunehmenden "subjektiven" Auseinandersetzungen zwischen Nationen oder Regionen ausgetragen. "Wer steigt ab?" ist der Kern dieser negativen Krisenkonkurrenz, bei der ganze Regionen und Länder im Elend und Zerfall versinken.

Ein gutes Beispiel hierfür bietet gerade die Eurokrise mit den jüngsten Auseinandersetzungen zwischen Berlin und Athen. Auf der geopolitischen Oberfläche erscheint diese "subjektive" Auseinandersetzung als ein wirtschaftlicher und letztendlich geopolitischer Machtkampf, bei dem Berlin seine ökonomische Dominanz ausspielte, ein abschreckendes Exempel statuierte und hierdurch seine Hegemonie in der Eurozone festigte (Willkommen in der Postdemokratie).

Doch objektiv betrachtet wurde auf der systemischen Ebene durch diese Auseinandersetzung - wie durch das gesamte verheerende

deutsche Spardiktat in der Eurozone - die Krisendynamik exekutiert, bei der weite Teile der südlichen Peripherie der Eurozone auf den Status von Dritte-Welt-Ländern absanken.

Die durch ausartende Handelsüberschüsse aufrecht erhaltene Illusion einer heilen Arbeitsgesellschaft in der BRD konnte nur durch die Deindustrialisierung, Verelendung und Marginalisierung der Peripherie aufrecht erhalten werden (Der Aufstieg des deutschen Europa).

Die deutsche Beggar-thy-neighbor-Politik, die auf möglichst hohe Außenhandelsüberschüsse abzielt, stellt einen Moment der ausartenden globalen Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen dar, die durch die Globalisierungsschübe ermöglicht wurden.

Währungskriege statt nationale Wirtschaftskriege

Hierbei können selbstverständlich Parallelen zu der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre gezogen werden (Damals wurde der Begriff Beggar-thy-neighbor geprägt), die ebenfalls mit einer Zunahme nationaler Spannungen und nationalistischer und faschistischer Bewegungen einhergingen.

Der große Unterschied zwischen den nationalen Wirtschaftskriegen der 1930er Jahre und der heutigen Lage besteht aber darin, dass die Globalisierung eine derartig enge globale

Wirtschaftsverflechtung hervorbrachte, so dass eine Schließung der Grenzen für die Warenströme und die Einführung von Schutzzöllen - wie in den 30ern üblich - nicht zur Debatte stehen können. Stattdessen werden die nationalen Wirtschaftskriege in Form von Währungskriegen ausgetreten, bei denen Währungsabwertungen den Exportindustrien Vorteile auf den Weltmarkt verschaffen sollen.

Diese nationale Krisenkonkurrenz zwischen den längst von Zerfallserscheinungen (etwa zunehmender Korruption) ergriffenen Staatsapparaten vollzieht sich nicht nur auf wirtschaftlicher, sondern auch auf geopolitischer oder militärischer Ebene. Dies gilt vor allem für die Ukraine (Der gescheiterte Staat von nebenan), die ja nur deswegen Objekt des neoimperialen Great Game zwischen Ost und West wurde, weil sich Kiew einer eskalierenden Wirtschaftskrise gegenüber sah.

Die Ukraine war als ein eigenständiger Staat schlicht nicht mehr ökonomisch überlebensfähig, weswegen sich die ostukrainische Oligarchie, deren politischer Vertreter Janukowitsch war, zwischen der Einbindung in eins der um die Ukraine konkurrierenden Machtzentren entscheiden musste. Janukowitsch entschied sich für Moskau, was die vom Westen massiv unterstützte Protestbewegung erst initiierte.

Imperiale Interventionen

Auch in den Zusammenbruchsgebieten des Weltmarkts, im arabischen Raum und im subsaharischen Afrika, sind imperiale Interventionen an der Tagesordnung, die den besagten objektiven - hinter dem Rücken der Akteure ablaufenden - Krisenprozess exekutieren. Der Krisenimperialismus beschleunigt den Zerfall der Nationalstaaten der Peripherie. Um den Leichnam Syriens oder des Irak raufen sich gleich reihenweise die regionalen und globalen "Mächte", wie die Türkei, die arabischen Golfdespotien, die USA oder Russland, die jeweils ihre Fraktionen im nicht enden wollenden Gemetzel unterstützen.

Dennoch ist es ein immer wieder - auch in der Linken - begangener Fehler, die militärischen Interventionen des Westens für den offenen Zerfall der Nationalstaaten verantwortlich zu machen.

Die imperialen Großmächte tun gewissermaßen genau dass, was sie seit der Etablierung und Expansion des kapitalistischen Weltsystems schon immer machten, sie verhalfen der "unsichtbaren Hand" des Weltmarktes notfalls mit dem eisernen Handschuh ihrer Militärmaschinerie zur Geltung - etwa bei den Opiumkriegen des britischen Empire gegen China.

Doch inzwischen funktioniert dieser Krisenimperialismus nicht mehr. Der Westen kann die Kriege gegen die morschen Staatsapparate der Periphere gewinnen, doch er verliert immer

wieder den Frieden. Die nationalen Staatsapparate zerfallen und die ehemaligen Nationalstaaten lösen sich in Chaos und Anomie auf, ohne dass es den Interventionsmächten noch gelingt, ein höriges Marionettenregime zu installieren.

Alle militärischen Interventionen der vergangenen zwei Dekaden haben sich trotz militärischer Erfolge als kolossale Fehlschläge erwiesen, die Billionen von US-Dollar verschlangen, ohne die angepeilten Ziele auch nur ansatzweise zu erreichen: von Afghanistan, über den Irak, bis hin zu Libyen. Ein Desaster folgt dem nächsten.

Und wieder: die "subjektive", von einem imperialistischen Interessenskalkül geleitete, Intervention beschleunigt nur den systemischen Zerfalls- und Krisenprozess des kapitalistischen Weltsystems, der sich in einem dekadenlangen Prozess schubweise von der Peripherie in die Zentren frisst. Es wird nur das umgestürzt, was ohnehin im Fallen begriffen ist.

Es gibt keinen Irak, kein Syrien oder Libyen mehr. Diese Länder stellten schon vor den Interventionen bloße Modernisierungsruinen dar, in denen keine Kapitalverwertung im ausreichenden Ausmaß stattfand, um eine funktionsfähige "Volkswirtschaft" aufzubauen.

Die Zukunft der Nation

Will man der Zukunft der Nation ansichtig werden, so reicht hierfür ein Blick gen Süden. In die durch separatistische Bewegungen zerrütteten Staaten Südeuropas, oder weiter in die Zusammenbruchsregionen des globalen Südens. Die historische Zeit des Nationalstaates, dem die krisenhafte Globalisierung das ökonomische Fundament entzogen hat, ist somit tatsächlich abgelaufen. Bei den Nationen handelt es sich ohnehin um ein relativ junges und offensichtlich vergängliches Phänomen, das sich erst im 19. Jahrhundert ausformte (zusammen mit den Landessprachen).

Die offenen, evidenten nationalstaatlichen Zerfallsprozesse in der Peripherie oder Semiperipherie (jüngst Syrien, Irak, Jemen, Ukraine) des kapitalistischen Weltsystems wirken auch in dessen Zentren - nur sich sie dort noch nicht so weit vorangeschritten. Das Fundament der imperialistischen Interventionsmächte ist ebenfalls in Auflösung begriffen.

Wie hohl das nationalstaatliche Gerüst in den USA ist, machte die brutale und hilflose Reaktion der Staatsmacht auf die Naturkatastrophe in New Orleans deutlich, als der Hurrikan Katharina diese Region für Wochen in ein diktatorisches Dritte-Welt-Land verwandelte. Auch Russland Staatsapparat, der sich nun in Syrien engagiert, gilt als einer der korruptesten der Welt.

Es ist somit evident, dass die Zeit der Nation abgelaufen ist und die Nationalstaaten in Auflösung übergehen. Offensichtlich wird dies in der derzeitigen Flüchtlingskrise, die ja gerade durch die ökonomischen und staatlichen Zerfallsprozesse in der Peripherie und Semiperipherie ausgelöst wurde.

Die Fluchtbewegungen sind Folge des um sich greifenden Weltbürgerkrieges der dem Kollaps der Märkte und Staaten in immer größeren Zusammenbruchsregionen folgt (auch hier gibt es Versuche, diesen "systemischen" Krisenprozess zu instrumentalisieren).

Flüchtlinge: Die kollabierende Peripherie

Die ökonomisch "überflüssigen" Menschen fliehen folglich aus diesen Regionen in die verbliebenen, beständig schrumpfenden Inseln der scheinbaren Stabilität, die aber den Anschein einer funktionierenden nationalen Arbeitsgesellschaft nur noch auf Kosten der kollabierenden Peripherie aufrechterhalten können - auch wenn in den Zentren die Fassaden ebenfalls zunehmend bröckeln.

Dies gilt nicht nur für die USA mit dem US-Dollar als Weltleitwährung, die gerade die Krise der Schwellenländer befeuert, sondern auch und vor allem für die BRD, die mittels neo-merkantilistischer Politik und ungeheurer Handelsüberschüsse

nicht nur Schulden exportiert, sondern auch Arbeitslosigkeit. Insofern ist es nur konsequent, dass die Massen der ökonomisch "Überflüssigen" sich gerade den Exportüberschussweltmeister BRD als Zufluchtsort aussuchen.

Eine "Rückkehr" in frühere - heute gern idealisierte - kapitalistische Formationen, wie den Sozialstaat der 70er oder die Wirtschaftswunderwelt der 50er ist selbstverständlich angesichts der dargelegten historischen und irreversiblen Krisendynamik absolut illusionär.

Jeder Appell, der eine Rückkehr zur Nation als Krisenantwort propagiert, führt ins sozioökonomische wie politische Desaster und kann nur als erzreaktionär bezeichnet werden. Die auch von Teilen einer konservativen Linken propagierte Rückkehr zur Nation kann angesichts der Krisenreife nur einen weiteren Schritt in die Barbarei gleichkommen.

Hieraus, aus eben diesem systemischen, systemimmanent unkontrollierbaren Krisenprozess, resultieren die von Müller eingangs beklagten widersprüchlichen Erscheinungen, wo eine ökonomisch ohnmächtige nationalistische Politik massenhaften Zulauf und Aufwind erhält, während die globale ökonomische Verflechtung den Nationalstaat eigentlich obsolet macht. Doch zugleich kann der Kapitalismus nicht aus seiner nationalstaatlichen

Hülle heraus, da die politische Konkurrenz der Staatsapparate nur die Fortsetzung der allgemeinen ökonomischen Konkurrenz darstellt, die ja konstitutiv für den Kapitalismus ist.

Deswegen klagt ja Müller, dass die "europäische Integration" auf "halbem Wege stecken geblieben" sei, da es tatsächlich keine nennenswerten europäischen Machtzentren gibt, die als trans- oder postnational bezeichnet werden könnten. Brüssel ist kein europäischer Machtfaktor, die Entscheidungen fallen seit Krisenausbruch explizit in den Hauptstädten - insbesondere in Berlin.

Die EU war schon immer eine durch den Krisenprozess befeuerte Kampfarena, auf der wechselnde europäische Nationalkoalitionen ihre Interessen durchzusetzen versuchten. Solange die europäische Verschuldungsdynamik aufrechterhalten werden konnte, deren Dynamisierung erst die Eurozone ermöglichte, fiel dies nur der breiten Öffentlichkeit nicht auf, weil die entsprechenden Defizitkonjunkturen allen Beteiligten das Gefühl verschafften, an einem allgemein vorteilhaften "Integrationsprozess" beteiligt zu sein.

Die nationalen Machtkämpfe, die vor dem Ausbruch der Eurokrise hinter geschlossenen Brüsseler Türen abliefen, traten mit der Eskalation der Krisenkonkurrenz nach Ausbruch der Eurokrise mit

voller Wucht an Tageslicht.

Eine Überwindung der kollabierenden Nationalstaaten, die in ihrer Agonie sich wechselseitig an die Gurgel zu gehen versuchen, ist aber nur jenseits des Kapitalismus, jenseits der kollabierenden Kapitalvergesellschaftung mit all ihren Vermittlungsebenen möglich. Es mag illusionär erscheinen, die Nation, den Markt, das Geld, den Staat überwinden zu wollen, aber rein negativ ist dies längst der Fall.

Die Krise des Kapitals lässt all diese durch das Kapital hervorgebrachten Formen der negativen Vergesellschaftung zerfallen. Wiederum hilft hier ein Blick gen Süden. Die Staaten, die nationalen "Volkswirtschaften" und Märkte sind in den Failed States der Periphere längst in Geschichte übergegangen. In Zimbabwe wurde Geld zum Drucken von Zeitungswerbung benutzt.

Der Leviathan und das Racket bilden die beiden Mahlsteine, die im kapitalistischen Barbarisierungsprozess die zivilisatorischen Errungenschaften der letzten 10.000 Jahre zu zermahlen drohen. Die - bisherigen - Endpunkte dieser Entwicklung sind in Nordkorea und Somalia zu finden. 1984 oder Mad Max? Dies ist die Wahl, die der Krisenprozess systemimmanent den Insassen der zusammenbrechenden kapitalistischen Tretmühle lässt.

Das historische Ende der - von der herrschenden Ideologie für

Naturgesetzte gehaltenen - anachronistischen formen kapitalistischer Vergesellschaftung ist somit unvermeidlich, da es aus den inneren Widersprüchen des Kapitals resultiert; es stellt sich nur die Frage, ob dies auch in den Zentren in der Form eines barbarischen Zusammenbruchs sich vollziehen wird, oder vermittels emanzipatorischer Aufhebung und Transformation in eine postnationale und postkapitalistische Gesellschaftsformation - was nur durch eine breite antikapitalistische Bewegung möglich wäre, die den kategorialen und praktischen Bruch mit der Kapitalvergesellschaftung wagen würde.

Drohender Eintritt in den "Weltbürgerkrieg"

Es sieht nun wirklich nicht gut aus: Die Ahnung vom nahenden Ende der Nation löst massenhaft eine reaktionäre Rückbesinnung auf die als Kampfgemeinschaft verstandene Nation hervor. Die bösartige Panik in den Foren, die überschäumende Wut, die all die Gossen des Internets überflutet und sich immer öfter in pogromartigen Aufmärschen oder Brandanschlägen manifestiert - sie sind Vorboten der kommenden Barbarei. Selbst der gemeine und grenzdebile Forentroll ahnt, dass eine gewaltige Erschütterung auf ihn zukommt.

Die abgetakelte Idee der Nation fungiert hier nur noch als oberflächliches Legitimationsmuster im drohenden Eintritt Europas

in den Weltbürgerkrieg, der in der Peripherie des kapitalisierten Weltsystems längst schon tobt - und der die Nationen in Anomie versinken lässt. Der kaum noch einzudämmende Hass im Netz, die zur mörderischen Tat drängende Wut der ohnmächtigen spätkapitalistischen Subjekthüllen, sie könnten nur Vorstufen des drohenden Gemetzels darstellen:

» Die Menschen bemächtigen sich zunächst der Sprache der Gewalt, bevor sie zu Akten der Gewalt übergehen. «

Diese während des Jugoslawienkrieges gemachte Beobachtung des US-Journalisten Chris Hedges, sie gilt nun auch für das im nationalistischen Delirium versinkende Europa.

Die größte Tragik der historischen Widerspruchsentfaltung des kapitalistischen Sysems bestehe lauf dem Krisentheoretiker Robert Kurz darin, "dass sich die menschlichen Individuen nach mehr als 400 Jahren Marktwirtschaft inzwischen selber als diese wahnsinnigen Raubaffen unterstellen, zu denen man sie ideologisch deklariert hat, obwohl sie in ihrer Mehrheit tatsächlich bloß das lebende Futter für den Verwertungsprozess des Kapitals sind".

Wie sehr diese absurde kapitalistische Zurichtung zum "wahnsinnigen Raubaffen" den spätkapitalistischen Subjekthülsen ins Blut übergegangen ist, enthüllt ein kurzer Blick in all die

Internetforen, die nicht Penibel zensiert und gesäubert werden.

Der wichtigste Hort des spätkapitalistischen "wahnsinnigen Raubaffen" ist die Mittelklasse, jene prekäre Schicht, die sich nach Oben orientiert und nach Unten abzudriften droht. Hier ist die Produktion von Panik am Ausgeprägtesten, die Mentalität des "Rette sich, wer kann" am Stärksten verbreitet. Die Nation gilt hier inzwischen als Trutzburg, in der man sich abschotten könne.

Mittels eines verstärkten Grenzregimes, durch den Ausschluss der Flüchtlinge, der Krisenverlierer (durch deren inzwischen offen diskutierte Konzentrierung in Lagern in Nahost), hofft man auch, die Krise draußen halten zu können. Es würde reichen, die Grenzen tatsächlich mal drei Wochen für deutsches Kapital und deutsche Waren zu schließen, um dieses Wahngebilde zu entkräften.

Und selbstverständlich stellt dieser neue alte Nationalismus nur ein Übergangs- und Verfallsphänomen dar, das den voranschreitenden Barbarisierungsprozess begleitet. Die Angst vor islamistischen Banden instrumentalisierend, formieren sich nun rechtsextreme Banden (Von grünen und braunen Faschisten).

Es ist gerade diese im Namen der Nation drohende Bandenherrschaft, die den Zerfall der Nation beschleunigt, wie etwa das Beispiel der Ukraine illustriert, wo die unzähligen faschistischen Banden und Milizen für eine Großukraine kämpfend

den Zerfall des Landes forcieren. Inzwischen kämpfen die Milizen des Rechten Sektors nicht mehr gegen das "russische Imperium", sondern - ganz wie ihre Vorbilder aus den Elendsregionen der Peripherie - um die Kontrolle von Schmuggelrouten und Schwarzmärkten.

Alle wollen Irgendwen hängen sehen. Die Wut fordert Opfer, damit alles wieder gut werden kann. Die Naturalisierung des Kapitalismus geht mit einer Personifizierung der unverstandenen systemischen Krisenursachen einher, sodass die Suche nach Sündenböcken für den sich immer deutlicher Abzeichnenden Kollaps des Kapitals inzwischen manische Züge erreicht hat.

Die Feindbilder des im Internet grassierenden Raubaffen wechseln - oftmals noch durch die unter zunehmenden Kontrollverlust leidenden Massenmeiden angefacht - fast im Tagesrhythmus. Gestern war es noch der Grieche, vorgestern der Russe, heute ist es der Araber, übermorgen eventuell wieder der Jude. Das Ganze hat Ähnlichkeit mit den Hexenverbrennungen der frühen Neuzeit, die ja ebenfalls durch eine mörderische Personifizierung von unverstandenen gesellschaftlichen Umbrüchen befördert wurden.

Das andere Extrem zu diesen manischen Sündenbocksuchen stellt ein ohnmächtiges Systemdenken dar, bei dem die gegenwärtigen Akteure in Wirtschaft und Politik exkulpiert werden. Bei dieser

Sichtweise scheint es so, als ob die Verantwortlichen vor lauter Systemzwängen und objektiven Strukturgesetzten nicht mehr auszumachen wären.

Die konkreten Täter verschwinden hinter dem zerstörerischen Walten des automatischen Subjekts der kollabierenden Verwertungsdynamik des Kapitals. Insbesondere während der letzten Griechenlandkrise - des brutalen Exempels, das Deutschland an Griechenland exekutiere - hat sich ein guter Teil der deutschen Linken auf diese bequeme Position zurückgezogen. Dass der Fetischismus der kapitalistischen Gesellschaft, wo die marktvermittelten Handlungen der Marktsubjekte diesen als eine fremde, quasi-objektive Kraft entgegentreten, keineswegs zu einer Exkulpierung der Taten der Täter führt, hat der Krisentheoretiker Robert Kurz schon zu Beginn des 21. Jahrhunderts dargelegt:

» *Wenn nun der gemeinsame Formzusammenhang von abstrakter Arbeit, Warenform, Staatsbürgerlichkeit usw. ins Blickfeld der Kritik rückt, wo bleibt da die Verantwortlichkeit? Kann man einen blinden Strukturzusammenhang, kann man das automatische Subjekt für irgend etwas verantwortlich machen, und sei es das größte Verbrechen? Und umgekehrt: Wenn die kapitalistische Barbarei letzten Endes in den stummen Zwängen der Konkurrenz usw. angelegt ist, sind dann nicht die barbarischen Taten der hässlichen Manager, der schmutzigen Politiker, der bürokratischen Krisenverwalter, der*

blutigen Schlächter des Ausnahmezustands irgendwie entschuldigt, weil immer bedingt und eigentlich durch die subjektlosen Strukturgesetze der "zweiten Natur" verursacht?

Eine solche Argumentation vergisst, dass der Begriff des automatischen Subjekts eine paradoxe Metapher für ein paradoxes gesellschaftliches Verhältnis ist. Das automatische Subjekt ist keine aparte Wesenheit, die für sich irgendwo dort draußen hockt, sondern es ist der gesellschaftliche Bann, unter dem die Menschen ihr eigenes Handeln dem Automatismus des kapitalisierten Geldes unterwerfen.

Wer aber handelt, das sind immer die Individuen selbst. Konkurrenz, künstlich erzeugter Überlebenskampf, Krisen usw. treiben die Potenz der Barbarei hervor, aber praktisch vollstreckt werden muss diese Barbarei von den handelnden Menschen, also auch durch ihr Bewusstsein hindurch. Und deshalb sind die Individuen auch subjektiv verantwortlich für ihr Tun, der hässliche Manager und der schmutzige Politiker ebenso wie andererseits der rassistische Arbeitslose und die antisemitische alleinerziehende Mutter.

Das ungeheuere Angst- und Drohpotential dieser Gesellschaft muss tagtäglich verarbeitet werden, und jeden Moment treffen die Individuen dabei Entscheidungen, die niemals völlig alternativlos sind - weder im alltäglichen kleinen noch im gesellschaftlich-historischen großen Maßstab. Niemand ist einfach nur eine willenlose Marionette, sondern alle müssen die haarsträubenden Widersprüche, die Ängste

und Leiden dieses Banns selber ausagieren.

Deshalb ist es kein Widersinn, die notwendige Gesellschaftskritik auf die Ebene der sozial übergreifenden Strukturen, auf die abstrakte Arbeit und das automatische Subjekt zu richten, gleichwohl aber die handelnden Individuen für ihr Tun verantwortlich zu machen, auch wenn ihre gesellschaftliche Charaktermaske ihnen den Zustand der Unzurechnungsfähigkeit nahelegt. «

Marx Lesen, Die wichtigsten Texte von Karl Marx für das 21. Jahrhundert., 2000

Eine Angela Merkel und ein Wolfgang Schäuble sind genauso für all das voll verantwortlich, was sie Griechenland und Südeuropa angetan haben, wie der gemeine Forentroll für all die Hetze verantwortlich ist, die er im Netz absondert - auch wenn vermittels dieser Handlungen nur die systemische Krisendynamik exekutiert wird.

Matthias Becker

"Die Finanzkrise hat Deutschland genutzt"

Guillaume Duval, Chefredakteur der Alternatives Economiques und Autor von "Modell Deutschland? Nein Danke!", über die deutsche Dominanz in Europa und die Zukunft des Euros

Operation geglückt, Patient tot? Im erbitterten Streit um Griechenlands Staatsschulden konnte Deutschland sich zwar durchsetzen, aber die Reaktion der europäischen Öffentlichkeit war verheerend. "Die deutsche Regierung hat einem kleinen Mitgliedsland Bedingungen aufgezwungen, die früher nur mit Waffengewalt hätten durchgesetzt werden können", kommentierte damals die konservative französische Tageszeitung Le Figaro. So oder ähnlich lautete auch der Tenor der Kommentare aus London, Madrid, Lissabon oder Warschau.

Seitdem zeigt sich die Europäische Union zunehmend als entscheidungs- und handlungsunfähig. In Anspielung auf das Bundesfinanzministerium erklärte kürzlich Martin Schulz, der Präsident des Europäischen Parlaments: "Die harte Haltung mancher europäischer Regierungen in der Flüchtlingskrise ist eine Retourkutsche an gewisse Leute in der Berliner Wilhelmstraße."

Wichtige wirtschaftliche und steuerpolitische Projekte wie die Bankunion oder die Finanztransaktionssteuer kommen nicht voran. Die mühsam von der europäischen Diplomatie ausgehandelten Kompromisse klingen immer formelhafter.

Die europäische Vereinigung und der Euro sind in der Krise - aber warum? Fehlt es den anderen Euro-Ländern an der nötigen "Haushaltsdisziplin", um ihre Währung mit Deutschland zu teilen? Worauf beruht die Macht der Deutschen in der Europäischen Union? Dazu hat Telepolis Experten aus Ungarn, Frankreich, Italien, Großbritannien und auch Deutschland befragt.

Guillaume Duval ist Chefredakteur der Monatszeitschrift Alternatives Economiques und Autor von "Modell Deutschland? Nein Danke!", in dem er die deutsche und französische Wirtschaft miteinander vergleicht. Er hat lange in Deutschland gelebt und für deutsche Firmen als Ingenieur gearbeitet.

▶ Der Front National (FN) hat bei den Regionalwahlen Anfang Dezember seinen bisher größten Erfolg errungen, auch wenn er letztlich in keiner Region Ämter gewinnen konnte. Hat Sie das überrascht? Schockiert?

Guillaume Duval: Überrascht hat mich das Ergebnis nicht, schockiert schon. Ich kann die Gründe für den Triumph der Rechten allerdings nachvollziehen. Die soziale Lage in Frankreich ist

schlecht. Seit dreißig Jahren sind die verschiedenen Regierungen nicht in der Lage, die Arbeitslosigkeit zu senken. Insbesondere die sogenannten einfachen Leuten und Teile der Arbeiterschaft haben deshalb Sympathien für den FN. Die linken Parteien sind dagegen keine Arbeiterparteien, sondern werden von urbanen Akademikern geprägt. Die Menschen auf dem Land und den armen Vororten fühlen sich von denen verlassen.

▶ In der Berichterstattung hierzulande wird der Wahlerfolg der FN fast ausschließlich auf die Flüchtlingsproblematik und die islamistischen Anschläge zurückgeführt. Welche Rolle haben sie gespielt?

Guillaume Duval: In Frankreich gibt es keine "Flüchtlingskrise", die Zahl der Zuwanderungen ist mehr oder weniger gleichgeblieben. Das Thema hat denn auch im Wahlkampf keine große Rolle gespielt. Die Terroranschläge schon eher, aber seit den Anschlägen sind die Umfragewerte der Rechtsextremen nur unwesentlich nach oben gegangen, von 23 Prozent auf 26 Prozent. Nein, der Erfolg des FN war seit langem abzusehen und hat langfristige Ursachen.

▶ Welche Rolle spielt dabei, dass die Nationalisten des FN die EU ablehnen?

Guillaume Duval: Das ist ein wesentlicher Grund für ihren Erfolg. Die Mehrheit der Franzosen hat den Eindruck, dass der Euro und die EU die sozialen Probleme im Land nicht lösen, sondern

schlimmer machen. Die Rechtsextremen haben unter anderem damit gepunktet, dass sie das Ausscheiden aus dem Euro gefordert haben. Um in der konservativen Wählerschaft besser anzukommen, vor allem um die Unternehmer nicht abzuschrecken, haben sie ihre europapolitischen Forderungen in den letzten Monaten allerdings etwas abgemildert. Sie werfen dem politischen Establishment vor, die französischen Interessen nicht gegen Merkel zu verteidigen und inszenieren sich so mit Erfolg als der eigentliche Erbe der gaullistischen Bewegung, als die Verteidiger der nationalen Sache. Die Konservativen unter Sarkozy dagegen haben die patriotische gaullistische Phraseologie weitgehend aufgegeben. Das gilt gerade in der Europa-Politik, beispielsweise haben sie den Stabilitätspakt ohne Murren akzeptiert.

▶ Die Kritik am Euro und an der EU scheint in Frankreich auf der Linken wie der Rechten stärker zu werden …

Guillaume Duval: Ja, aber die europakritische Linke ist mittlerweile so sehr geschwächt, dass sie keine nennenswerte Rolle mehr spielt. Die Kritik an Europa artikuliert sich rechtsextrem.

"Deutschland gilt als imperialistisch, aggressiv und bedrohlich, als eine Gefahr für Frankreich"

▶ Wie hat sich die Wahrnehmung Deutschlands und die der deutschen Rolle in Europa seit den Verhandlungen um die griechischen Staatsschulden verändert?

Guillaume Duval: Das war ein entscheidender Moment. Die antieuropäische Haltung in der Bevölkerung ist seitdem deutlich stärker geworden. Deutschland gilt allgemein als imperialistisch, aggressiv und bedrohlich, als eine Gefahr für Frankreich. Besonders die Kampagne der Bild-Zeitung gegen "neue Milliarden für gierige Griechen" hat viel Unbehagen ausgelöst. Ich selbst versuche darauf hinzuweisen, dass so etwas nicht die Haltung aller Deutschen entspricht, wenn mir solche Ressentiments begegnen. Mir scheint, dass die Deutschen diese Stimmung im Ausland gar nicht wahrnehmen.

▶ In Ihrem Buch über das "Modell Deutschland" haben Sie die Schwächen und Stärken der französischen und deutschen Wirtschaft verglichen. Gerade seit der Eurokrise ist immer öfter zu hören und zu lesen, andere Länder sollten das deutsche Erfolgsrezept übernehmen. Manfred Kauder beispielsweise, der Chef der konservativen Bundestagsfraktion, erklärte im Jahr 2011 stolz: "Jetzt wird in Europa Deutsch gesprochen." Gemeint sind damit Lohnzurückhaltung, eine sparsame Haushaltspolitik und Schuldenabbau. Was sagen Sie dazu - sollte Europa Deutsch lernen?

Guillaume Duval: Diese dumme Idee hat sich leider in Deutschland und in ganz Europa verbreitet. Sie ist völlig falsch: Die wirklichen Ursachen für das deutsche Wirtschaftswachstum sind eine geringe Geburtenrate, nur langsam steigende Immobilienpreise und die Ausdehnung der deutschen Industrie

nach Osten.

Um eine lange Geschichte kurz zu machen: Die Deutschen kriegen kaum Kinder, im Gegensatz zu den Franzosen. Nachwuchs kostet aber bekanntlich Geld, weil ihre Eltern die Kinder mit Mobiltelefonen und Markenklamotten und allem anderen versorgen müssen. Entscheidend ist dabei, dass die Eltern und der Staat die Ausbildung finanzieren. Bezogen aufs Bruttoinlandsprodukt gibt Deutschland ein Prozent weniger für die Schulbildung aus als Frankreich. Die demographische Entwicklung in Deutschland ist kurzfristig vorteilhaft. Sie hat unter anderem dazu geführt, dass die Immobilienpreise in Deutschland nur moderat gestiegen sind. Der Durchschnittswert von Wohneigentum in Frankreich ist dreimal höher als in Deutschland.

Weniger Kinder und billigerer Wohnraum haben es den Deutschen möglich gemacht, sich mit den stagnierenden Löhnen zu arrangieren. Die französischen Lohnkosten sind zwar keineswegs explodiert, aber im Vergleich zu den deutschen sind sie immerhin gestiegen, was natürlich einen Konkurrenzvorteil für die deutschen Unternehmen bedeutet.

Der dritte Grund ist die Ausdehnung nach Osten. Ganz im Gegensatz zu einer landläufigen Meinung hat Deutschland die Wiedervereinigung genutzt, weil sie den westdeutschen Unternehmen neue Märkte erschlossen hat. Nebenbei bemerkt,

deren neue Standorte in den neuen Bundesländern wurden oft mit EU-Subventionen gefördert. Auf der Grundlage dieses Heimatmarktes dehnte die deutsche Industrie dann sowohl ihre Fertigung, als auch ihren Export nach Osteuropa aus.

Deutschland exportiert zweieinhalbmal mehr als Frankreich, aber es importiert auch zweimal mehr, besonders aus Osteuropa, etwa aus Polen oder der Tschechischen Republik. Das zeigt, wie eng die deutsche Industrie mit dem östlichen Europa verbunden ist. Die Unternehmen profitieren von den geringen osteuropäischen Löhnen. Die Lohnhöhe ist zwar in Polen zuletzt deutlich gestiegen, aber sie beträgt immer noch nur ein Zehntel des französischen Niveaus. Wenn die deutsche Industrie ihre Vorprodukte also in Polen anstatt in Frankreich herstellen lässt, hat sie auf dem Weltmarkt einen gewaltigen Preisvorteil.

Und schließlich hat die Industrialisierung der Schwellenländer, allen voran Chinas, dem deutschen Maschinenbau ermöglicht, massenhaft seine Waren abzusetzen Frankreich dagegen kann nur Kernkraftwerke bauen, die keiner mehr haben will.

▶ Nun musste die deutsche Bevölkerung wegen der Arbeitsmarktreformen unter Kanzler Gerhard Schröder doch durchaus den Gürtel enger schnallen. Kurbeln solche Kürzungen und sinkende Löhne etwa nicht die Wirtschaft an?

Guillaume Duval: Die Deutschen sind merkwürdigerweise trotz

der wachsenden Armut und Ungleichheit davon überzeugt, ihre ökonomische Stärke verdanke sich der Agenda 2010. Ich behaupte, die deutschen Unternehmen waren trotz der Schröder-Reformen und den Hartz-Gesetzen so erfolgreich, nicht wegen ihnen. Deutschland konnte außerdem diesen Weg nur deshalb gehen, weil es Länder gab, die sich im selben Zeitraum verschuldet haben, um deutsche Waren zu kaufen. Ansonsten wären die Folgen für Deutschland und für Europa insgesamt noch schlimmer gewesen.

Wenn alle Länder auf sinkende Löhne setzen, passiert, was wir gerade erleben: Europa steht am Rande einer Rezession und Deflation, die Arbeitslosigkeit bleibt hoch. Die Eurozone hat zur Zeit einen Exportüberschuss von 250 Milliarden Euro, 2,5 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt. Das bedeutet, die Eurozone könnte 250 Milliarden Euro mehr investieren und konsumieren.

▶ Nun wird die Eurozone doch in gewissem Sinne tatsächlich "deutscher", weil Deutschland die restriktive Haushaltspolitik und die Exportorientierung sozusagen exportiert. Mittlerweile erzielen auch Portugal, Spanien, Italien und sogar Griechenland einen Überschuss in der Handelsbilanz; diese Länder verkaufen also mehr auf dem Weltmarkt als sie einführen.

Guillaume Duval: Das wird nicht lange gut gehen. Wie gesagt, wir stehen am Rand einer Deflation. In dieser Situation die Staatsausgaben zu senken, ist kontraproduktiv, übrigens auch um

die Staatsschulden abzubauen.

"Wenn Wolfgang Schäuble wirklich ein Europa ohne Frankreich und Italien will, ist er auf dem besten Weg"

▶ Es scheint, als könnten sich die Deutschen zumindest in allen entscheidenden wirtschaftspolitischen Fragen durchsetzen. In einem Interview mit der Zeitung Libération hat sich Wolfgang Schäuble im September gegen den Vorwurf verwahrt, die Deutschen hätten mit ihrer Grexit-Drohung den Griechen die Bedingungen für die Finanzhilfen diktiert. Wörtlich sagte er: "Die 18 Finanzminister der Eurozone, wenn man den griechischen Minister nicht mitzählt, waren sich einig, dass Griechenland den Bedingungen des Hilfspakets zustimmen sollte. 15 Finanzminister waren für ein zeitweiliges Verlassen des Euros. Nur der französische, italienische und zypriotische Minister standen nicht auf diesem Standpunkt."

Guillaume Duval: Ja, wenn Schäuble ein Europa ohne Frankreich und Italien will, dann ist er auf dem besten Weg! Für den Verlauf der Griechenland-Verhandlungen gibt es einfache parteipolitische Gründe: Niemand hatte Interesse daran, einer nicht-sozialdemokratische Regierung wie der von Alexis Tsipras einen solchen politischen Erfolg zu erlauben. Für Sozialdemokraten wie Matteo Renzi oder Franois Hollande wäre das politisch noch verheerender gewesen als für eine Konservative wie Angela Merkel.

Deshalb haben sich die französische und italienische Regierung kaum gerührt und stattdessen Wolfgang Schäuble freie Hand gelassen, so dass er mit dem Grexit drohen konnte.

▶ Im Sommer hat der französische Finanzminister Emanuelle Macrons eine gemeinsame "Wirtschaftsregierung" und ein "Finanzministerium der Eurozone" gefordert. Wie beurteilen Sie diese Initiative?

Guillaume Duval: Seit dreißig Jahren stellen französische Regierungen solche Forderungen. Der Vorschlag von Macron und Hollande geht in die richtige Richtung, aber es fehlen der Mut und die Entschlossenheit, sich wirklich mit den Deutschen anzulegen. Es fehlt der Wille. Eben deshalb glauben immer mehr Franzosen, dass die Eurozone nicht reformiert werden kann. Im Prinzip geht Macrons Vorschlag aber in die richtige Richtung. Ich habe zusammen mit Thomas Picketty und anderen einen Appell veröffentlicht, in dem wir ein Parlament für die Eurozone fordern, das zum Beispiel aus Abgeordneten der nationalen Parlamente bestehen könnte. Wir brauchen eine demokratische Legitimation auf europäischer Ebene, um die ordoliberale Blockade zu überwinden.

"Wir brauchen eine demokratisch legitimierte gemeinsame Wirtschaftspolitik im Euroraum"

▶ Was meinen Sie damit?

Guillaume Duval: Wir haben die Eurozone auf ordoliberalen Ideen aufgebaut. Wenn wir uns alle an die Spielregeln halten, so die Idee, wird das unsere Probleme lösen. Gerade die Deutschen führen die Eurokrise darauf zurück, dass sich die Anderen nicht an Regeln wie die Defizitobergrenzen gehalten haben und fordern deshalb als Lehre aus der Vergangenheit mehr Regeln und mehr Kontrollen und mehr Sanktionen.

Zunächst einmal stimmt diese Version historisch nicht. Irland und Spanien haben bis zur Finanzkrise den Stabilitätspakt befolgt und hatten sehr geringe Staatsschulden, während Deutschland und Frankreich gegen seine Regeln verstoßen haben. Das grundsätzliche Problem ist, dass wegen der gemeinsamen Währung unsere Wirtschaften mittlerweile so sehr verflochten sind, dass sie nicht mehr mit einfachen Regeln gesteuert werden können. Wir brauchen eine flexible Fiskalpolitik, die das Defizit für das jeweilige Jahr neu festsetzt, entsprechend der Situation.

Das Problem ist nur, wenn unser französischer Präsident sagt: "Nun gut, dieses Jahr lege ich die Verschuldung auf zwei Prozent fest!", dann ist die Sache entschieden und erledigt. Wenn er die Zeit dafür findet, informiert er vielleicht noch das Parlament. In anderen Ländern dagegen müssen die Regierungen auf die Parlamente Rücksicht nehmen, etwa in Deutschland, wo Merkel in der Eurokrise die Entscheidungen auch gebremst hat, weil sie Mehrheiten im Bundestag organisieren muss. Daher brauchen wir eine

demokratisch legitimierte Wirtschaftspolitik im Euroraum.

▶ Die Bundesregierung hat den Vorschlag Ihres Finanzministers freundlich zur Kenntnis genommen und in der Schublade verschwinden lassen. Sie hat es offensichtlich alles andere als eilig. Bis Ende 2016 will sie Vorschläge unterbreiten, wie die Wirtschafts- und Währungsunion weiter entwickelt werden kann. Entspricht dieser Ablauf nicht einem üblichen Muster? Frankreich macht sich für eine weitergehende Integration stark, um die deutsche Macht sozusagen einzuhegen, und Deutschland bedankt sich unverbindlich für die interessante Idee.

Guillaume Duval: Sicher, aber so fährt Europa gegen die Wand. Die Vereinigung Europas hat Deutschland eine stärkere politische und wirtschaftliche Rolle zugewiesen, eine führende Rolle. Deutschland will diese führende Rolle aber gerade nicht spielen. Die deutsche Öffentlichkeit und Regierung sind immer noch der Meinung, ihre einzige Verantwortung bestehe darin, die eigenen Interessen zu erreichen, ohne Rücksicht auf das Ganze. Natürlich verstehe ich, woher diese Zurückhaltung kommt: Das letzte Mal, als Deutschland eine Führungsrolle in Europa übernehmen wollte, führte das bekanntlich in eine Katastrophe.

▶ Nun hat gerade die Überzeugung, dass eine europaweite "Transferunion" auf jeden Fall verhindert muss, die Partei "Alternative für Deutschland" stark gemacht. Diese Haltung reicht

in eigentlich in alle politischen Lager Deutschlands. Andererseits, behaupten Sie, dass ohne einen finanziellen Ausgleich zwischen den Gewinnern und Verlieren des Wettbewerbs Europa zerbrechen wird. Gibt es überhaupt einen Ausweg aus dieser Sackgasse?

Guillaume Duval: Irgendwann muss Ihre Öffentlichkeit begreifen: Die Krise hat einen gigantischen Transfer von Wohlstand nach Deutschland erzeugt. Sie hat Deutschland genutzt, nicht geschadet! Der Staat hat beispielsweise massiv von der Flucht des Kapitals in den sicheren deutschen Hafen profitiert. Für seine Staatsanleihen muss er keine Zinsen mehr bezahlen. Ich habe einmal nachgerechnet, was passiert wäre, wenn die Bundesrepublik den Zinssatz für Staatsanleihen im Jahr 2008 bezahlt hätte. Dann wären bis einschließlich des Jahres 2018 ungefähr 193 Milliarden Euro zusätzlich fällig gewesen.

Die Krise nutzt noch in weiterer Hinsicht: Wenn junge Italiener, Spanier und Portugiesen einwandern, lösen sie das demographische Problem des Landes, ohne dass es nur einen Cent kostet. Um einen Menschen bis zu seinem 20. Lebensjahr zu versorgen und auszubilden, sind nach verschiedenen Berechnungen insgesamt etwa 200.000 Euro nötig. Die Zuwanderung ist eine gigantische Umverteilung von den Randstaaten hin zu Deutschland. Ohne finanzielle Transfers werden die Länder der Eurozone immer weiter auseinandertreiben, und schließlich wird die Union zerbrechen.

▶ Also kein Ausweg aus der Sackgasse, in der Europa sich befindet?

Guillaume Duval: Ich weiß es nicht. Makroökonomische Argumente werden die deutsche Öffentlichkeit jedenfalls bestimmt nicht überzeugen. Deshalb plädiere ich dafür, den nötigen Finanztransfer mit einer europaweiten Energiewende oder der Flüchtlingskrise zu begründen. Wenn die Deutschen wollen, dass mehr Einwanderer in Italien oder Griechenland bleiben, sollen sie eben dafür zahlen.

Ich möchte betonen, dass die Lage in Frankreich durchaus ernst ist. Wenn es bei den Präsidentschaftswahlen 2017 zu einem Duell zwischen François Hollande und Marine Le Pen kommt, bin ich überhaupt nicht sicher, wer gewinnen wird. Im schlimmsten Fall wird es der Front National sein, der den Euro abwickelt.

Matthias Becker

"Der Euro-Beitritt Italiens war ein Fehler"

Die italienische Wirtschaftswissenschaftlerin Annamaria Simonazzi über die deutsche Dominanz in Europa und die Zukunft des Euros

Die europäische Vereinigung und der Euro sind in der Krise - aber warum? Fehlt es den anderen Euro-Ländern an der nötigen "Haushaltsdisziplin", um ihre Währung mit Deutschland zu teilen? Worauf beruht die Macht der Deutschen in der Europäischen Union? Dazu hat Telepolis Experten aus Ungarn, Frankreich ("Die Finanzkrise hat Deutschland genutzt"), Italien und Großbritannien befragt.

Die italienische Wirtschaftswissenschaftlerin Annamaria Simonazzi forscht und unterrichtet an der Sapienza-Universität in Rom. Sie beschäftigt sich mit der Ökonomie der Eurozone, Sorgearbeit und Arbeitsmarktpolitik. Simonazzi gehörte zu den wenigen Ökonomen in Italien, die vor den Gefahren des Euro und einer Währungsunion ohne politische Union warnten. In jüngster Zeit hat sie Beiträge zu den Sammelbänden "Spaltende Integration - Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa " und "Southern Europe? Italy, Spain, Portugal, and Greece from the 1950s until the present day" veröffentlicht.

▶ Frau Professorin Simonazzi, in Deutschland wird die Geschichte des Euros oft folgendermaßen erzählt: Obwohl wir unsere geliebte Deutsche Mark nur widerwillig aufgeben wollten, haben wir uns von Italien und Frankreich dazu überreden lassen. In manchen Versionen dieser Legende verlangte Präsident François Mitterand von Kanzler Helmut Kohl den Euro, sozusagen als Gegenleistung zur französischen Zustimmung zur Wiedervereinigung. Wie war es wirklich - warum wollten die Südeuropäer den Euro?

Annamaria Simonazzi: Die Deutschen, vor allem die Vertreter der Bundesbank, waren nicht erpicht darauf, den Euro einzuführen, bevor nicht alle Mitglieder die sogenannten Konvergenzkriterien erreicht hatten. Da ging es bekanntlich um eine gewisse Preisstabilität, eine bestimmte Obergrenze bei der Staatsverschuldung, wie es die Maastricht-Verträge festlegen.

Aber besonders die Franzosen wollten die gemeinsame Währung unbedingt. Innerhalb des europäischen Systems, mit dem bis dahin die Wechselkursschwankungen begrenzt wurden, war es ihnen nicht gelungen, die Inflation zu drücken und ein ähnlich niedriges Zinsniveau wie Deutschland zu erreichen. Die Finanzmärkte honorierten ihre Anstrengungen bei den Ausgabenkürzungen einfach nicht. Deshalb wollten sie ihre schwache Währung loswerden. Zweitens gab es politische Gründe: Die erstarkende deutsche Nation wegen der Wiedervereinigung bedrohlich. Sie wollten Deutschland europäisch einbinden. Damals glaubten ja

viele, die politische Integration Europas werde viel schneller voranschreiten, als dann der Fall war.

▶ Sie haben schon 1998 vor den Gefahren des Euro für Italien gewarnt. Einer Ihrer Aufsätze über Italien und Europa trägt den Titel "Eine angekündigte Krise". Haben Sie vorhergesehen, dass die schwachen Mitgliedsstaaten noch schwächer werden würden?

Annamaria Simonazzi: Das war nicht schwer. Viele haben vor den möglichen Fehlentwicklungen gewarnt. Hans Reckers, ein Vorstandsmitglied der Bundesbank, beispielsweise sagte im Jahr 2000 öffentlich, Griechenland solle dem Euro nicht beitreten. Ohne eigene Währung und die Möglichkeit, ihren Wechselkurs zu steuern, sei die griechische Wirtschaft nicht produktiv genug, um in einem gemeinsamen Markt zu bestehen. Er hatte recht. Es war für die Mittelmeerländer falsch, Mitglied in einer Union zu werden, in der zwar die Währung, aber nicht die Wirtschaftspolitik geteilt wird.

Was gut für Deutschland ist, muss nicht unbedingt gut für die anderen Mitgliedsstaaten sein, das lag auf der Hand. Ihr Land hat eine starke Industrie, daher kann es über die Qualität statt über den Preis konkurrieren. Das bedeutet auch, dass sich die Deutschen einen höheren Wechselkurs leisten können. Mit einer starken Währung führt Deutschland Konsumgüter billig ein und hält so die Löhne niedrig. In Italien geht das nicht.

Absehbar war auch, dass die Staatsverschuldung und die Inflation

ganz unterschiedlich beurteilt werden würde. Die wirtschaftspolitischen Ansichten Deutschlands dominierten von Anfang an. Die EZB muss sich um die Inflation kümmern, um sonst nichts. Sie konnte nicht verhindern, dass die die Inflation in den verschiedenen Ländern der Eurozone unterschiedlich ist. All das ging so lange gut, bis die Eurokrise ausbrach und die Märkte begannen, den Zusammenhalt der Währungsunion auf die Probe zu stellen. Dann kam alles ins Rutschen.

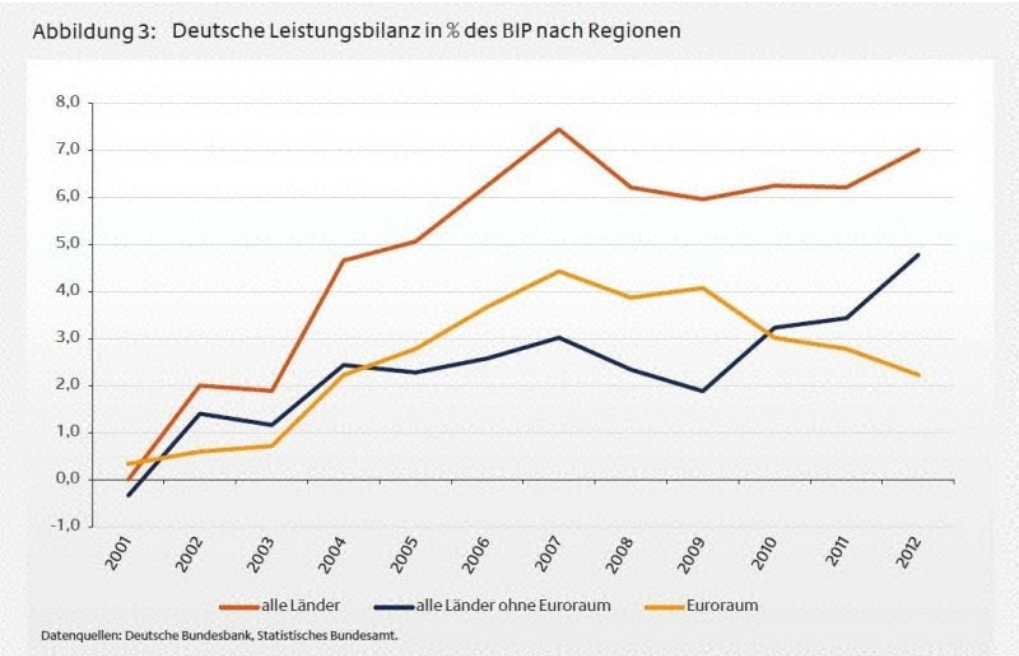


Bild: Statistisches Bundesamt

▶ Warum wurde diese Warnungen nicht berücksichtigt?

Annamaria Simonazzi: Nun, die ökonomische Fixierung auf Preiskonkurrenz und Inflation waren auch in den Südländern der

Mainstream. In Italien äußerte sich zum Beispiel die Banca d'Italia so. Niedrige Zinsraten galten als Erfolgsgarant. Für die Randstaaten war der Gedanke sehr verführerisch, dass eine Modernisierung so einfach und günstig erreichbar wäre. Die Aufschläge auf die Staatsanleihen, der sogenannte Spread, waren eine riesige Belastung. Italien beispielsweise musste zwischen 1990 und 1997 zehn Prozent oder mehr des Bruttoinlandsprodukts für den Schuldendienst aufwenden. Der Euro versprach eine Lösung. Nur war die Idee naiv, dass es genügen würde, die Maastricht-Kriterien einzuhalten, um diese Last loszuwerden.

"Die europäische Währungsunion war ein Weg, um die Geldpolitik zu entpolitisieren und die Mitgliedsländer auf den Pfad der Tugend zu führen"

▶ Italien hat seine Lire in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in regelmäßigen Abständen abgewertet. Warum gab das Land diese Möglichkeit auf, warum wollte es die gemeinsame Währung mit Deutschland?

Annamaria Simonazzi: Nicht nur die italienische, auch die französische und spanische Währung wurde oft abgewertet. Die Erwartungen und Hoffnungen, die sich an den Euro knüpften, waren unterschiedlich. Als Wirtschaftswissenschaftlerin muss ich selbstkritisch sagen, dass Ende der 80er Jahre, in den 90er Jahre die Ansicht vorherrschte, die beste Antwort auf alle ökonomische

Probleme sei, die Inflation zu bekämpfen. Die Inflation wurde wiederum auf eine falsche Politik zurückgeführt. Deshalb, so die vorherrschende Ansicht unter den Ökonomen, müssten die Politiker sich selbst Handfesseln anlegen, tying the hands, wie das damals hieß. Wenn sie sich aus den Entscheidungen der Zentralbanken heraushalten würden, könnten diese Banken den Wert der Währungen stabil halten.

Die ganze Konstruktion der europäischen Währungsunion war ein Weg, um die Geldpolitik in Europa zu entpolitisieren und die europäischen Länder auf den "Pfad der Tugend" zu führen: Inflationsbekämpfung, Kostensenkung und weniger Staatsausgaben. Deshalb wurde die Aufgabe der Europäische Zentralbank darauf beschränkt, die Inflation zu kontrollieren. Der unterschiedliche Entwicklungsstand und die Unterschiede der Länder spielten keine Rolle bei diesen Überlegungen. Die naive Idee war, die nationalen Wirtschaften würden sich von ganz allein einander annähern. Die Finanzmärkte würde die "Tugendhaftigkeit" der Regierungen mit niedrigen Zinsaufschlägen auf die Staatsanleihen belohnen. Und so kam es dann ja auch, wenigstens am Anfang.

▶ Tatsächlich näherten sich nach Einführung des Euros die Zinssätze auf Staatsanleihen in den verschiedenen Euro-Länder sehr schnell einander an. Bis zum Beginn der Finanzkrise konnten die Regierungen und auch die Unternehmen der Mitgliedsstaaten

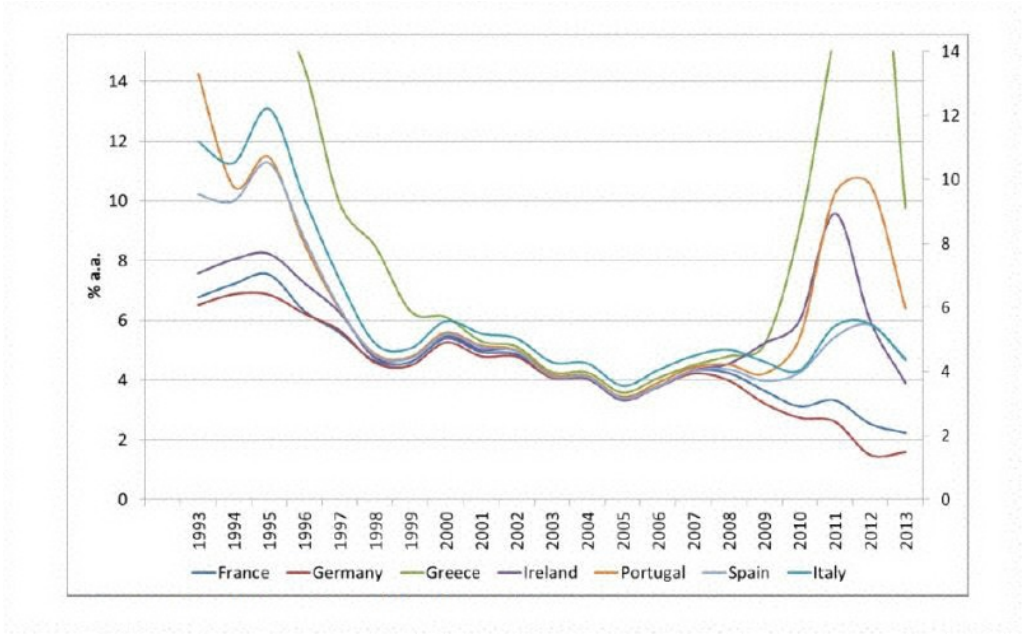
deshalb wesentlich günstiger an Geld kommen. Warum haben die Südländer - die ja traditionell Hochzinsländer waren - diese Chance nicht genutzt?

Annamaria Simonazzi: Die Peripheriestaaten haben diese friedliche Phase der ersten sieben, acht Jahre nicht genutzt, um ihre ökonomischen Probleme anzugehen; das ist wahr. Ich bin aber davon überzeugt, dass die Währungsunion so oder so gescheitert wäre. Ohne gezielte wirtschaftspolitische Eingriffe musste die Eurozone scheitern. Die Industriepolitik der EU verbietet Eingriffe in den Markt. Staatliche Unterstützung ist verboten, für alle Unternehmen aus allen Ländern müssen die gleichen Bedingungen gelten. Man glaubte, die Finanzmärkte würden dafür sorgen, dass Investitionen in die Industrie in Südeuropas fließen würden. Aber gerade das ist nicht passiert. Die Kapitalströme von Nord nach Süd waren vor allem spekulative Finanzgeschäfte. Sie führten in Spanien und Irland zu Finanzblasen, zum Beispiel auf dem Immobilienmarkt.

Noch einmal, die ganze Konstruktion beruhte auf dem Irrglauben, eine Zwangsjacke für die Regierungen würde als wirtschaftspolitisches Konzept genügen. Aber die Maastricht-Kriterien wie Preisstabilität oder Staatsdefizit sagen über die ökonomischen Schwierigkeiten eines Landes kaum etwas aus. Hier liegt die eigentliche Ursache der Eurokrise: der Glaube, dass Marktmechanismen allein zu einer Angleichung dieser ganz

unterschiedlichen Länder führen würden, ohne politische Steuerung, ohne Wirtschaftspolitik.

Die Ursache der Eurokrise sind nicht die Staatsverschuldung oder die Verschwendung. Das gab es vielleicht, aber es war nicht das Problem. Der entscheidende Konstruktionsfehler der Eurozone ist, dass Wettbewerbsfähigkeit ausschließlich als Preis- und Kostenwettbewerbsfähigkeit verstanden wird. Man glaubt an die Allmacht der Preiskonkurrenz: Niedrige Zinsen sollen zu niedrigen nominellen Löhnen führen, die steigern die Wettbewerbsfähigkeit, das führt zu Wachstum. Aus diesem Grund sind die Rezepte falsch, die den Südländern heute zur Behandlung ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten verordnet werden. Die sogenannte innere Abwertung, also Löhne und Kosten zu senken, das verbessert die mangelnde Konkurrenzfähigkeit nicht, solange die Produkte nicht konkurrenzfähig sind. Die Troika kann die Löhne und Kosten in Griechenland noch so tief drücken - was sollen die Griechen auf dem Weltmarkt anbieten?



Long-term interest rates in Europe (10-year sovereign bonds). Bild: OECD

▶ Sie gerade haben erwähnt, dass die Nordeuropäer seit 1999 durchaus in die europäischen Randstaaten investiert haben. Deutschland exportierte nach 2001 immer mehr in die Eurozone. Diese Handelsüberschüsse wurden dann zu einem großen Teil in Investitionen in die Eurozone verwandelt, oft flossen sie in die Immobilien- und Finanzmärkte beispielsweise in Spanien. Gilt das auch für Italien?

Annamaria Simonazzi: Nein, Italien ist in dieser Hinsicht nicht mit Spanien, Griechenland oder Irland vergleichbar. Hier gab es zwar eine riesige Staatsverschuldung und die Anleihen wurden zum Teil von ausländischen Investoren gehalten. Aber die italienischen

Banken haben kaum ausländische Staatsanleihen gekauft. Als die Finanzkrise einsetzte, war das Problem nicht ein überdehnter Finanzmarkt, sondern zwei Dekaden wirtschaftlicher Stagnation. Die privaten Haushalte hatten in der Regel Erspartes, keine Schulden.

▶ Einige italienische Betriebe, besonders im Norden des Landes, waren auf dem Weltmarkt durchaus erfolgreich. Warum konnten die konkurrenzfähigen Betriebe ihre Stärke nicht ausbauen, als es den Heimatmarkt Europa gab?

Annamaria Simonazzi: Die traditionellen Exportstärken Italiens lagen bei der Feinmechanik und hochwertigen Konsumgütern, beispielsweise Kleidung oder Haushaltswaren. Aber seit den 1970er Jahren hat sich die Weltwirtschaft tiefgreifend gewandelt. Heute geht es um andere Technik, andere Leitsektoren, die Konkurrenten auf dem Weltmarkt sind vor allem heute ganz andere.

Die traditionelle nationale Spezialisierung - also Portugal macht Textilien, Italien Luxusgüter, Deutschland Maschinen und Werkzeug und so weiter - diese Arbeitsteilung ist überholt. Die nationalen Industrien müssen sich fortwährend modernisieren und den neuen Verhältnissen anpassen. Aber diese Modernisierung und Aufwertung verläuft nicht überall mit derselben Geschwindigkeit. Eine äußerst wettbewerbsfähige Wirtschaft wie Deutschland hat eine geschlossene Produktionsstruktur, eine Struktur ohne Lücken.

Dazu gehören unter anderem Banken, staatliche Institutionen, Forschungseinrichtungen, die Beziehungen zu den Gewerkschaften. Auf einer solchen Grundlage ist der Sprung hin zu höherer Produktqualität leichter. In einem Wirtschaftssystem, das auf einige wenige Produkte spezialisiert ist, ist das viel schwieriger.

▶ Wie haben sich die nationalen Wirtschaften in Südeuropa seit der Euro-Einführung entwickelt?

Annamaria Simonazzi: Es kam zu einer Deindustrialisierung. Die portugiesischen, spanischen und einige italienische Unternehmen mussten gegen die günstigeren Hersteller aus den aufstrebenden Ländern Chinas und Indiens antreten. Diese Industrien haben die früheren Importe der nördlichen Eurozone zu einem großen Teil ersetzt. Das ist natürlich in Ordnung - so versuchen die Nationen, sich auf dem Weltmarkt zu behaupten und sich zu modernisieren! Aber es fehlte in Europa eine Modernisierung der Produktion und die Entwicklung von höherwertigen Qualitätsprodukten. Die Unternehmen schafften das nicht alleine, nicht ohne staatliche Unterstützung. So gingen Teile der südeuropäischen Industrie unter. Die Entwicklung Deutschlands hat dann alles noch schlimmer gemacht.

▶ Wie meinen Sie das?

Annamaria Simonazzi: Sie müssen verstehen, was in Deutschland passiert, hat massive Auswirkungen auf den Rest Europas. In den

Kernländer hätte es nach 2000 eine etwas höhere Inflation geben müssen, in den Randstaaten eine etwas niedrigere. Aber die Löhne und Preise in Deutschland stiegen nicht an. In den ersten Jahren der Eurozone war das Wirtschaftswachstum dort sehr schwach. Die Mitgliedsstaaten näherten sich einander an, aber auf einem sinkenden Niveau!

Die italienischen Unternehmen, die Haushaltswaren nach Deutschland verkauften, wurden dann ab 2005 durch die Arbeitsmarktreformen unter Kanzler Gerhard Schröder und den wachsenden Niedriglohnsektor hart getroffen. Die Kaufkraft der deutschen Beschäftigten stagnierte oder ging sogar zurück, daher änderten sie ihre Konsumgewohnheiten und kauften mehr Billigprodukte. Die italienischen Exporte schrumpften, weil viele Deutschen zu günstigeren Produkten aus Asien griffen. Die Orientierung der deutschen Industrie nach Osten hat außerdem die norditalienische mechanische Industrie getroffen, weil sie bis dahin vor allen nach Deutschland exportiert hatte.

▶ Wie ist die wirtschaftliche Situation in Italien heute?

Annamaria Simonazzi: In den fünf Krisenjahren ist die Produktion massiv geschrumpft. Es wird noch lange dauern, um die entstandenen Risse in den Wertschöpfungsketten zu flicken. Italien ist außerdem regional tief gespalten: Die Auswirkungen der Krise auf den Süden waren verheerend, ich würde sagen, die Situation in

Süditalien ist mit der in Griechenland vergleichbar. Im Süden gibt es keine nennenswerte Exportindustrie, und als die Binnenfrage nachließ, brach die Produktion zusammen. Der Norden ist eher vergleichbar mit einem Kernstaat wie Deutschland. Gewisse Teile der norditalienischen Industrie sind dabei, sich zu erholen, aber diese Erholung beruht ausschließlich auf Exporten. Darauf können wir uns nicht verlassen, wir brauchen Binnennachfrage.

"Wenn der deutsche Exportmotor zu stottern beginnt, wird Europa in die Rezession zurückfallen"

▶ Sehen Sie Licht am Ende des Tunnels, ist die Krise überwunden?

Annamaria Simonazzi: Eher nein. Die Austeritätspolitik im Süden wie im Norden Europas verhindert, dass sich die italienische Produktion erholen kann. Frankreich und Deutschland wachsen nur ganz schwach. Dazu kommt, dass das Wachstum in den aufstrebenden Ökonomien sich verlangsamt. China wird in Zukunft weniger auf den Export komplexer Technik und Investitionsgüter angewiesen sein. Bisher hat das deutsche China-Geschäft die Exporte in die europäischen Märkte ausgeglichen, das könnte sich jetzt ändern.

Osteuropa wiederum ist eng mit Deutschland verwoben und abhängig von dessen Exportindustrie. Das ist der einige Wachstumsmotor, den wir in Europa haben. Wenn er ins Stottern gerät, dann wird der Rest Europas in die Rezession zurückfallen. Es

gibt keinen anderen Ausweg als eine stärkere Binnennachfrage - und die kann nur aus Deutschland kommen. Nur Deutschland kann sich steigende Löhne und mehr Staatsausgaben erlauben. Sonst werden wir noch ein Jahrzehnt der wirtschaftlichen Stagnation haben, ein weiteres verlorenes Jahrzehnt.

▶ Wie kann die Eurozone gerettet werden?

Annamaria Simonazzi: Wir brauchen eine Politik, die industrielle Produktion gezielt fördert und steuert. Ich spreche nicht von einer kommunistischen Planwirtschaft, ich meine normale Industriepolitik, aber auf europäischer Ebene. Zu diesem Zweck müssen wir einige Regeln ändern. Öffentliche Investitionen in die Infrastruktur beispielsweise sollten nicht als Staatsdefizit gezählt werden. Die Europäische Kommission braucht ein richtiges Budget, gemeinsame wirksame Ressourcen für die Wirtschaftsförderung. Der sogenannte Junker-Plan, die Investitionsoffensive mit (21 Milliarden Euro für Infrastrukturprojekte), das ist ein Witz. Dieser Plan beruht immer noch auf dem Irrglauben, die Finanzmärkte würden die nötigen Investitionen bereitstellen.

Europa hat keine Entwicklungsperspektive. Was lautet eigentlich die langfristige Strategie, mit der Griechenland aus der Krise kommen soll? Es gibt sie nicht. Wir brauchen eine Industriepolitik, die strategische Entscheidungen trifft und nicht den Unternehmen überlässt. Soll Deutschland auf erneuerbare Energien setzen? Dann

muss der deutsche Staat die Ressourcen und die Regeln und die Informationen bereitstellen. Mariana Mazzucato spricht treffend vom "unternehmerischen Staat". Der Staat weiß nicht alles besser als die Unternehmen, aber das Gegenteil gilt eben auch.

▶ Jede europäische Wirtschaftspolitik müsste, um erfolgreich zu sein, den deutschen Handelsüberschuss sinken lassen. Steigende Löhne würden aber die deutsche Industrie einen Konkurrenzvorteil kosten. Halten Sie eine solche Entwicklung angesichts der gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnisse überhaupt für möglich?

Annamaria Simonazzi: Ich vermute, nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich unter den Deutschen die Ansicht verbreitet, ihr Wirtschaftswunder sei das Ergebnis einer harten Währung, von Ausgabendisziplin und hohen Exporten. Es fällt ihnen schwer zu verstehen, dass gerade diese Tugenden die Ursache unserer gegenwärtigen Krise sind. Wenn alle den Gürtel enger schnallen, kann es keine Exporte geben. Wollen Sie Ihre Produkte auf dem Mond verkaufen? Vielleicht wird sich die öffentliche Meinung ändern, wenn eine erneute Rezession auch Deutschland erreicht.

Matthias Becker

"Der Euro ist eine Art monetärer Weltvernichtungsmaschine"

Der schottische Ökonom Marc Blyth erklärt, warum die Banken mit dem Euro ein Geschäftsmodell auf Kosten der europäischen Nationen aufgebaut haben

Die europäische Vereinigung und der Euro sind in der Krise - aber warum? Fehlt es den anderen Euro-Ländern an der nötigen "Haushaltsdisziplin", um ihre Währung mit Deutschland zu teilen? Worauf beruht die Macht der Deutschen in der Europäischen Union? Dazu hat Telepolis Experten aus Ungarn, Frankreich, Italien und Großbritannien befragt.

Der gebürtige Schotte Mark Blyth unterrichtet Internationale Politische Ökonomie an der renommierten US-amerikanischen Brown University. In seinem Buch "Wie Europa sich kaputt spart", das vor zwei Jahren auf Englisch und letztes Jahr auch auf Deutsch erschien, führt er die europäische Austeritätspolitik auf eine ungelöste Bankenkrise zurück. Blyth argumentiert ganz auf der Grundlage des neoklassischen wirtschaftswissenschaftlichen Mainstreams. Im Februar 2015 verlieh ihm die Friedrich-Ebert-Stiftung den Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik, was er damals "sowohl eine Ehre als auch eine Ironie" nannte.

▶ Herr Blyth, Sie haben über den Euro gesagt: "Es war eine Katastrophe für alle Beteiligten, mit Ausnahme für die Deutschen (bisher)." Da stellen sich natürlich gleich zwei Fragen: Was macht diese gemeinsame Währung so katastrophal?

Marc Blyth: Der Euro ist, um es möglichst dramatisch zu sagen, eine Art monetärer Weltvernichtungsmaschine. Warum? Solange man über eine eigene Währung verfügt, kann man abwerten, wenn es Ärger gibt, wie es beispielsweise die Italiener vor der Einführung des Euro immer wieder mit der Lire getan haben. Durch einen niedrigeren Wechselkurs stellten sie ihre Preiswettbewerbsfähigkeit wieder her. Das führte zwar zu der sogenannten importierten Inflation, weil die importierten Waren sich relativ verteuern und dadurch die Kaufkraft der Löhne sinkt.

Diese Abwertungen gehen also in gewisser Weise auf Kosten der eigenen Bevölkerung, aber sie war eben unglaublich praktisch für die Unternehmen, um in der internationalen Konkurrenz zu bestehen. Die Währungsabwertung schadet allerdings den anderen nationalen Marktteilnehmern, sie gehört zu den wirtschaftlichen Strategien, mit denen "der Nachbar an den Bettelstab gebracht wird".

Aus diesen Gründen argumentierten die Euro-Befürworter: Wenn alle dieselbe Währung haben, können die Nationalstaaten schlicht nicht mehr abwerten und es bleibt allen Beteiligten nur die

Möglichkeit, gleich wettbewerbsfähig werden. Gerade die Italiener wollten die gemeinsame Währung unbedingt. In den ersten Jahren nach der Euro-Einführung 1999 lief ja zunächst alles wunderbar: Die Zinssätze auf die Staatsanleihen der Mitgliedsstaaten glichen sich an, Kapital strömte vom Norden nach Süden. Deshalb störte es auch niemanden, dass den europäischen Regierung die zwei wesentlichen makroökonomischen Instrumente aus den Händen genommen worden waren, um auf eine Krise zu reagieren: den Wechselkurs der eigenen Währung abzuwerten und im schlimmsten Fall die Inflation anzukurbeln.

▶ Sie führen die Eurokrise, die sich in gewisser Weise ja schon seit fünf Jahren hinzieht, auf das Versagen der EU-Institutionen zurück. Wie meinen Sie das?

Marc Blyth: Die Krise hatte vor allem institutionelle und politische Ursachen. Im Kern haben wir es mit einer Bankenkrise zu tun, die in Europa immer noch nicht gelöst ist. Es dauerte drei Jahre, bis die Europäische Zentralbank (EZB) unter Mario Draghi endlich getan hat, was nötig war. Als die Finanzkrise 2007 einsetzte, konnten die amerikanische Zentralbank Fed und die Bank of England die Banken mit zusätzlicher Liquidität versorgen.

Die Eurozone dagegen stellte plötzlich erschrocken fest, dass sie diese Möglichkeit nicht hatte. Die EZB hätte die Rolle eines lenders of last resort spielen, also einen funktionierenden Geldmarkt

zwischen den europäischen Banken gewährleisten müssen - aber dazu war die EZB einfach nicht gedacht! Unter ihrem Chef Jean-Claude Trichet war sie lediglich eine Art Währungsbehörde für die nationalen Zentralbanken, die gegen eine Inflation kämpfte, die nicht existierte. Erst als Mario Draghi Ende 2011 Chef der EZB wurde, begannen die Europäer mit den sogenannten langfristigen Refinanzierungsgeschäften und machten dasselbe, was die Amerikaner und Briten bereits drei, vier Jahre vorher angefangen hatten. Erst dann gingen die Zinsaufschläge auf die Staatsanleihen zurück und die Krise ließ nach.

Die Moral der Geschichte: Solange alles gut läuft, brauchen Regierungen die Möglichkeit nicht, Geld zu drucken und den Wechselkurs ihrer Währung zu senken. Aber wenn die Wirtschaft nicht gut läuft, dann sind diese Möglichkeiten einfach toll.

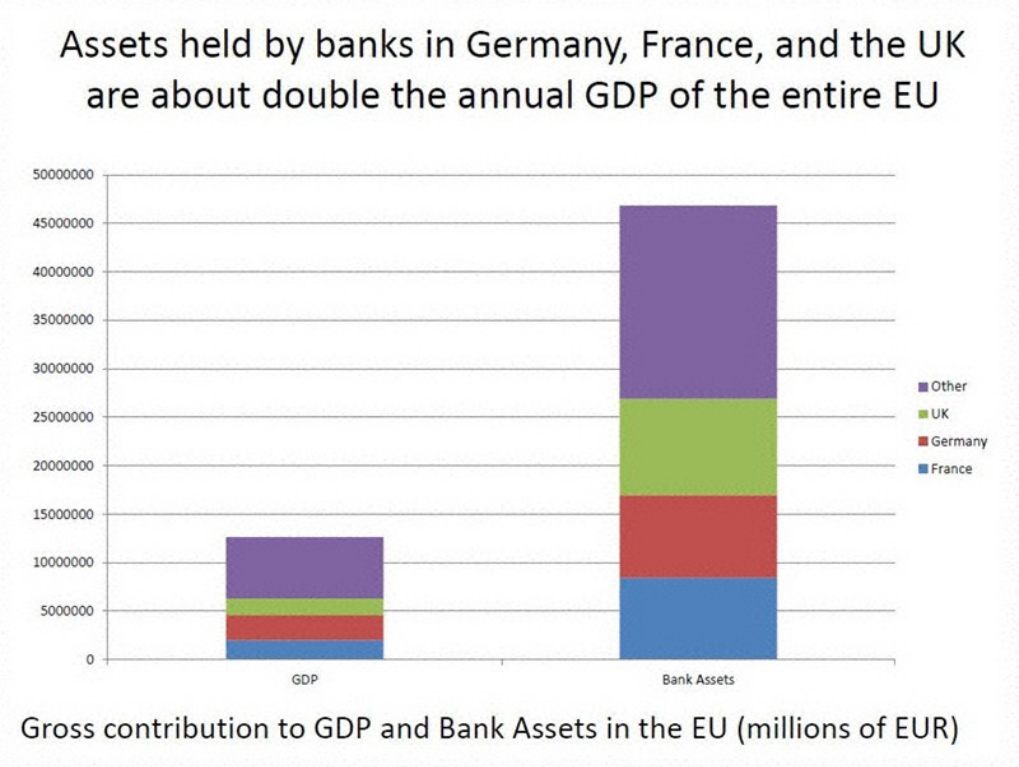


Bild: Mark Blyth

Die europäischen Banken sind nicht too big to fail, sie sind too big to bail

▶ Als die Finanzkrise ihren Anfang nahm, galt sie hierzulande zunächst als amerikanisches Problem. Im Spätsommer 2008 sagte der damalige Finanzmister Peer Steinbrück "der Ursprungsort und der eindeutige Schwerpunkt der Krise" seien die USA. Er hielt es damals sogar für wahrscheinlich, dass Amerika den "Status als Supermacht des Weltfinanzsystems verlieren" würde. Tatsächlich begann doch die Krise mit dem Zusammenbruch des

amerikanischen Immobilienmarkts. Warum hat sie Europa so stark getroffen?

Marc Blyth: Minister Peer Steinbrück hatte recht, es war tatsächlich eine Krise des angelsächsischen Kapitalismus. Aber wissen Sie, was wir ziemlich schnell herausgefunden haben? 70 Prozent der amerikanischen sogenannten Special Investment Vehicles, die in Fremdwährungen Kredite aufgenommen hatten, um damit ihre dubiosen Hypüotheken aufzukaufen., gehörten europäischen Banken. 70 Prozent!

Der europäische Bankensektor ist deutlich größer als der amerikanische und durch den Euro und die Möglichkeiten der Hebelung (Aufnahme von Fremdkapital für Finanzgeschäfte, MB) ist er weiter gewachsen. Die drei größten Banken in Frankreich entsprechen über 300 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die zwei größten deutschen Banken 125 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zum Vergleich: Die fünf größten amerikanischen Banken haben ein Vermögen, das ungefähr 60 Prozent des Bruttoninlandsprodukts entspricht. Wenn die europäischen Banken umkippen, erschlagen sie alle. Sie sind nicht too big to fail, sie sind too big to bail, zu groß für eine Rettung. Wir reden hier nicht über eine Firma wie Lehman Brothers, sondern über eine Bank wie Crédit Agricole, die fast so groß ist wie das Bruttoinlandsprodukt Frankreichs.

▶ Wie konnten der europäische Bankensektor und die Menge an

faulen Krediten so groß werden?

Marc Blyth: Dazu müssen Sie verstehen, dass der Finanzmarkt in Europa anders als in den USA strukturiert ist. Amerikanische Unternehmen besorgen sich das Geld stärker über den Aktienmarkt. Die europäischen Banken sind größer, weil der Kapitalmarkt in Europa vergleichsweise klein ist.

Für die europäischen Banken waren Staatsanleihen ein tolles Geschäft, bis der Euro eingeführt wurde. Mit griechischen Anleihen konnte man 25 Prozent verdienen, mit italienischen 12 Prozent, 10 Prozent mit französischen Titeln. Diese Zinsen entsprachen dem Risiko der Währungsabwertung und Inflation. Durch den Euro wurden diese Risiken dann abgeschafft, die Zinsen auf europäische Staatsanleihen näherten sich einander an - und den Banken ging ein lukratives Geschäftsfeld flöten.

Um trotz des sinkenden Spreads weiterhin Profit zu machen, erhöhten sie die Menge ihrer Ankäufe, aber das ging nur mit Fremdkapital. Durch diese Hebelung verschulden sie sich natürlich gleichzeitig. Deswegen war der Euro seine Katastrophe: Alle Mitgliedsländer bekamen den gleichen Zinssatz wie Deutschland, was gleichzeitig wunderbar und völlig irrsinnig war. Aber alle fanden das völlig in Ordnung so, bis die Zinsen in der Eurokrise wieder auseinander strebten, die Banken um Hilfe schrien und es auf einmal nicht mehr in Ordnung war.

Anders gesagt: Die Banken haben ein Geschäftsmodell auf Kosten der europäischen Nationen aufgebaut, aufgrund der wohl schlimmsten Fehlanreize in der Wirtschaftsgeschichte. Dass die Bevölkerungen Europas jetzt durch Sparmaßnahmen dafür büßen müssen, dass dieses Geschäftsmodell letztlich schief ging, finde ich skandalös.

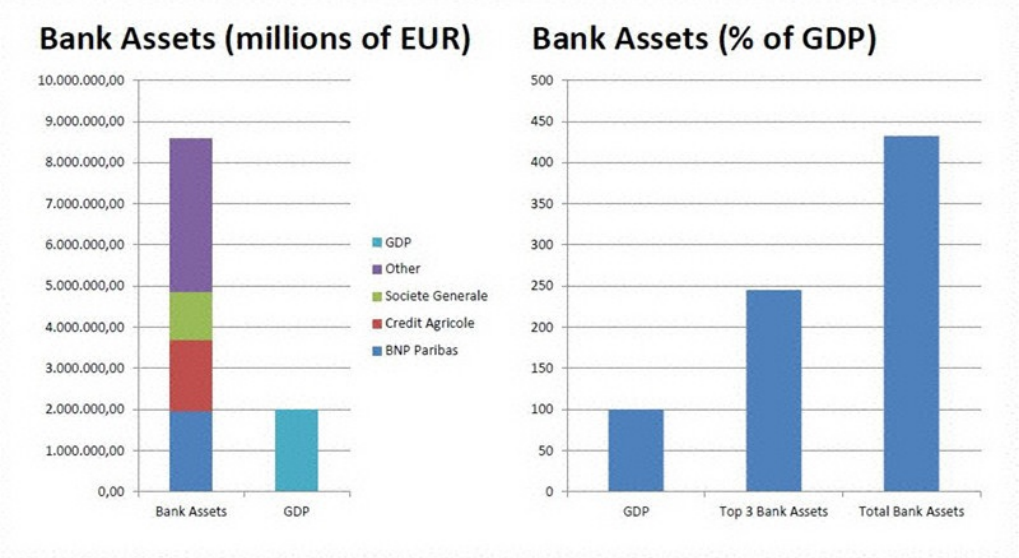


Bild: Mark Blyth

▶ Wie entwickelten sich die Kapitalströme innerhalb der Eurozone?

Marc Blyth: Wie viele andere habe ich schon vor vier Jahren darauf hingewiesen, dass Deutschland nicht antizyklisch, sondern prozyklisch Geld verliehen hat. Zwischen 2003 und 2008, als alles gut lief, haben deutsche Banken den Mittelmeerländern hohe Kredite gegeben. Nach Frankreich war Deutschland der größte

Gläubiger in der Eurozone, und die Schuldner waren Portugal, Griechenland und Frankreich. Als dann die Finanzkrise einsetzte, hörte dieser Kapitalstrom natürlich abrupt auf.

"Die Europäer setzen auf Liquidität für die Banken und Austerität für die Bevölkerung"

▶ Seit der Finanzkrise reagieren die europäischen Staaten mit Austerität. Sie senken die Staatsausgaben und Löhne. Die entsprechenden Regeln in der Eurozone sind durch den Fiskalpakt und weitere Vereinbarungen verschärft worden. Können so die ja tatsächlich enorm gewachsenen Staatsschulden abgebaut werden?

Marc Blyth: Nein. Das europäische Rezept ist Liquidität für die Banken und Austerität für die Bevölkerung. Aber dass die EZB durch die quantitative Lockerung die Geldmenge erhöht, schiebt das Problem lediglich auf. Die sogenannten Strukturreformen und Sparprogramme wiederum werden keinen Erfolg haben. Dann werden die Austeritätsbefürworter den Opfern erzählen, sie seien selbst schuld, weil sie die Vorgaben nicht richtig umgesetzt hätten. Ihre wirtschaftlichen Argumente haben keine Substanz, sie sind einfach eine theoretische Rechtfertigung für ein politisches Programm.

▶ Anfang des Jahres sagte der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble, die Rettungsmaßnahmen für die Krisenländer mit ihren Auflagen seien erfolgreich gewesen.

Marc Blyth: Diese Behauptung kann ich auf Grundlage der vorliegenden Daten nicht nachvollziehen. In der Finanzkrise ab 2007/2008 sind einige EU-Ländern regelrecht abgestürzt, manche auf 88 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung vor dem Einbruch. Betrachten wir einmal, wie lange es gedauert hat, bis sie ihr altes Niveau wieder erreicht haben. Das erste Land, dem das gelang, war Belgien. Haben die Belgier etwa massive Kürzungen durchgesetzt? Das Land hat übrigens eine enorm hohe Staatsverschuldung. Meine Lieblingserklärung für den belgischen Erfolg ist, dass es zwei Jahre lang keine Regierung hatte, die den Karren in den Dreck gefahren hätte; so konnte die Wirtschaft ungestört wieder in Ordnung kommen.

Nach Belgien erreichte als nächstes Deutschland das Vor-Krisen-Niveau. Das lag allerdings daran, dass die Konjunkturprogramme in den USA, Großbritannien und China dafür sorgten, dass die Exporte nicht einbrachen und ihr weiterhin eure BMW in alle Welt verkaufen konntet. Im Jahr 2009 kurbelte China die Wirtschaft mit zusätzlichen Ausgaben in Höhe von 13 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts an, Spanien in Höhe von sieben Prozent, die USA mit 5,5 Prozent.

Nach den Deutschen erholte sich Frankreich, dieses angeblich reformunfähige Land. Danach kam Großbritannien, aber die Briten haben nur bis zum Jahr 2012 die Staatsausgaben gekürzt, dann hörten sie auf. Aus ideologischen Gründen wollen sie zwar den

Wohlfahrtsstaat beschneiden, aber makroökonomisch betreiben sie keine Austerität.

Schauen wir uns jetzt die angeblichen Erfolgsgeschichten an: Die irische Wirtschaft lebt vor allem davon, dass die Profite, die amerikanische Unternehmen wie Google oder Starbucks in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden erzielen, auf Bankkonten in Dublin landen, dort mit attraktiven 12,5 Prozent versteuert werden und dann weiter in die USA fließen, was als Dienstleistungsexport gilt. Kein anderes Land könnte dieses Modell übernehmen, weil es auf niedrigen Unternehmenssteuern und einer Bevölkerung von nicht einmal fünf Millionen Menschen beruht.

Spanien hat ganze sieben Jahre gebraucht, um sich von der Krise zu erholen. Die Banco de España hat kürzlich in einem ihrer Berichte die positive Handelsbilanz des Landes darauf zurückgeführt, dass der Ölpreis niedrig ist, die Europäische Zentralbank quantitative Lockerung betreibt und die Importe wegen der sinkenden Binnennachfrage zusammengebrochen sind.

Das alles soll ein Erfolg sein? Mich erinnert das an jemanden, der sich aus dem Fenster stürzt, dabei seine Hüfte bricht und dann stolz darauf ist, dass er auf seinen Ellbogen davon kriechen kann. Mir scheint Herrn Schäubles Interpretation der Datenlage sehr gewagt.

"Italien, Spanien oder Frankreich können das deutsche Modell

nicht übernehmen

▶ In Ihrem Buch von 2013 haben Sie argumentiert, dass es für die Eurozone unmöglich sei, das bundesdeutsche Wirtschaftsmodell zu übernehmen, also auf steigende Exporte und den Weltmarkt zu setzen und Handelsüberschüssen zu erzielen. Aber seitdem ist doch genau das geschehen. 2014 erzielt die Eurozone insgesamt einen Überschuss in der Leistungsbilanz von fast drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts - und zwar ohne dass dies auf Kosten des deutschen Handelsüberschuss ging. Spanien, Portugal und Italien, selbst Griechenland exportieren mittlerweile mehr als sie einführen. Diese Exporte gehen vor allem nach Großbritannien und die USA. Warum lagen Sie da falsch?

Marc Blyth: Zunächst möchte ich erinnern, dass Überschüsse eigentlich kein Grund zum Stolz sind, die Handelsbilanz soll ausgeglichen sein. Aus irgendwelchen Gründen, die ich nicht ganz verstehe, gilt der deutsche Überschuss von sieben Prozent bezogen aufs Bruttoinlandsprodukt als unproblematisch.

Um diese Zahlen ins rechte Licht zu rücken: Die portugiesische Wirtschaft ist zu klein, um eine nennenswerte Rolle zu spielen. Die irische Wirtschaft entspricht ungefähr der Hälfte von Brooklyn, New York. Worauf es ankommt, sind die großen Eurozonen-Länder. Spanien hat einen Handelsüberschuss, weil die Importe zusammengebrochen sind und wegen Auswirkungen der

expansiven Geldpolitik.

Aber Sie haben recht, als ich das Buch geschrieben habe, konnte ich mir einfach nicht vorstellen, dass eine Region, die 30 Prozent der Weltwirtschaft ausmacht, einen so großen Exportüberschuss produziert und der Rest der Welt das ausgleicht. Schließlich betreiben die Asiaten ja dasselbe Exportmodell. Die Amerikaner würden zum consumer of last resort werden, sozusagen zur Konsumzuflucht der ganzen Welt. Das hielt ich damals für unmöglich, auch für politisch nicht durchsetzbar.

Da lag ich falsch, und zwar aus folgenden Gründen: Seit der Jahrtausendwende ist Zentralosteuropa zu einem Zulieferer der deutschen Exportindustrie geworden. Etwa 30 Prozent der tschechischen Exporte gehen nach Deutschland, ein Drittel davon sind Automobilteile. Als post-kommunistisches Land mit niedrigen Lohnkosten, wenig Sozialstaat und einer jungen Bevölkerung ist diese Strategie gangbar. Frankreich oder Italien können bei diesem Spiel allerdings nicht mitmachen.

▶ Warum eigentlich? Warum sollen Italien, Frankreich oder Spanien nicht "mehr wie Deutschland werden", wie es oft heißt?

Marc Blyth: Das sind große Volkswirtschaften, die auf Binnenkonsum beruhen und deren Bevölkerung älter ist. Aber wenn die großen Länder der Eurozone weder die Geldmenge erhöhen, noch ihre Währungen abwerten können, dann müssen

diejenigen unter ihnen, die nicht zu einem exportgetriebenen Wachstum in der Lage sind, ihr Staatsdefizit erhöhen. Sie müssen sich verschulden, obwohl das seit dem Stabilitätspakt von 2012 eigentlich verboten ist.

Die einzigen Alternativen für Frankreich und Italien sind entweder radikale Reformen, um die Kosten und Löhne zu senken und ebenfalls einen Handelsüberschuss zu erreichen, oder sie müssen dauerhaft mit immer neue Sparmaßnahmen ihre Staatsverschuldung drücken, damit Deutschland und seine Freunde einen Handelsüberschuss genießen kann. Ob das politisch möglich ist, sei dahingestellt. Für mich klingt es jedenfalls nicht nach einer nachhaltigen Lösung für die Eurozone.

▶ Herr Blyth, dann lassen Sie uns über die politische Seite der Eurokrise sprechen. In wirtschaftlichen Fragen kann Deutschland bequem Mehrheiten in der Europäischen Union organisieren. Selbst in den harten Verhandlungen der Finanzminister um die griechischen Staatsschulden im Sommer 2015 konnte Wolfgang Schäuble sich mit seinem Konzept durchsetzen. Warum?

Marc Blyth: Ja, die deutsche Dominanz scheint solide zu sein. Von den Sozialdemokraten einmal abgesehen - die aus politischen Gründen nicht wollen, dass sich Parteien wie Syriza als Konkurrenten etablieren - unterstützen die Osteuropäer den deutschen Kurs. Sie sind Teil der Lieferketten, die nach Deutschland

führen. So lange Deutschland exportiert, exportieren sie auch, deshalb geht es ihnen wirtschaftlich gut. Ihre Löhne steigen, und das können sie auch, weil sie zuvor so niedrig waren. Die Bevölkerung ist vergleichsweise jung. Die Gegner der restriktiven Haushaltspolitik sind die Länder, die bei dem Exportmodell nicht mitmachen können,

"Die Frage ist, welche Länder zur Eurozone gehören werden"

▶ Die politischen Reibungen auf europäischer Ebene zwischen den Mitgliedsstaaten nehmen deutlich zu, beispielsweise die gegenwärtigen harten Auseinandersetzungen um die europäische Bankenunion. Was schätzen Sie, wie lange wird es den Euro noch geben?

Marc Blyth: Der Euro wird weiter bestehen, daran zweifle ich überhaupt nicht! Die Frage ist nur, welche Länder auf längere Sicht zur Eurozone gehören werden. Als die Griechen im Sommer 2015 die Konfrontation gesucht haben, kam es sofort zu einer Kapitalflucht. Jetzt sind sie in einer Art monetärer Einzelzelle eingesperrt. Seit dem Einsetzen der Krise ist das Bruttoinlandsprodukt um etwa 30 Prozent geschrumpft, nun wird sie um vielleicht weitere zehn Prozent schrumpfen, Griechenland trug früher zwei Prozent zum Bruttoinlandsprodukt der EU bei, heute sind es noch 1,7 Prozent. Ist das nicht ein eindrucksvoller Beleg für den Erfolg der bisherigen Reformmaßnahmen?

Aber Griechenland ist zu klein, um für das Schicksal der EU eine große Rolle zu spielen. Die Bruchlinien dieser Politik liegen anderswo: Wenn sich das Wachstum der Weltwirtschaft verlangsamt oder zum Stillstand kommt, wird das Deutschland und seine osteuropäischen Verbündeten hart treffen. So oder so werden antieuropäische Parteien wie der französische Front National stärker werden, die gegen Europa und gegen den Euro mobilisieren.

Jetzt bricht die politische Mitte in Europa langsam zusammen, besonders die linke Mitte. Wenn die deutsche SPD so weiter macht, wird sie in nach zwei weiteren Wahlperioden belanglos sein. Früher konnten die schwedischen Sozialdemokraten einen toten Hund an einen Stock hängen und ihm ein Hemd der Arbeiterpartei anziehen, der wurde mit großer Mehrheit gewählt! Heute müssen sie Koalitionen eingehen. Die rechte Mitte ist etwas weniger betroffen, weil ihre Wähler tendenziell nicht so sehr unter der Austeritätspolitik leiden. Aber die politischen Systeme werden immer instabiler.

Matthias Becker

"Die Osteuropäer wollen ein Europa der Vaterländer"

Die in Ungarn lehrende Politikwissenschaftlerin Dorothee Bohle über die osteuropäische Kritik an der Griechenland-Hilfe, die Haltung zur Austerität und die wachsende Ablehnung Deutschlands

Die Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Dorothee Bohle lebt und arbeitet in Ungarn. Sie unterrichtet an der Budapester Central European University und beschäftigt sich vor allem mit der politischen Ökonomie Osteuropas. Vor drei Jahren erschien ihr Buch "Capitalist Diversity on Europe's Periphery", in dem sie die verschiedenen Entwicklungswege der osteuropäischen Länder in den kapitalistischen Weltmarkt beschreibt. Die national orientierten Regierungen in Ungarn und Polen hält sie für eine Reaktion darauf, dass westeuropäische Wirtschaftsinteressen lange die osteuropäischen Wirtschaften dominiert haben.

▶ Frau Professorin Bohle, bei den Verhandlungen letzten Sommer über die Staatsschulden Griechenlands haben einige osteuropäische Staatschef harsche Kritik an der Tsipras-Regierung geäußert. Die Vertreter Lettlands, Sloweniens oder der Slowakei wiesen damals Zugeständnisse oder gar einen Schuldenschnitt für Griechenland weit von sich. Hat Sie diese harte Haltung überrascht?

Dorothee Bohle: Nein, überrascht hat sie mich nicht. Die osteuropäischen Länder mussten schließlich große Anstrengungen unternehmen und Härten durchmachen, um in die Europäische Union aufgenommen zu werden. Slowakei, Slowenien, Lettland, Litauen und Estland haben ja mittlerweile den Euro. Um Teil der Wirtschafts- und Währungsunion zu werden, mussten sie die Maastricht-Kriterien Staatsverschuldung, Defizit und Inflation penibel einhalten und wurden dabei scharf kontrolliert. Bei Griechenland dagegen hat man beide Augen zugedrückt.

Außerdem sind die osteuropäischen Länder ärmer als Griechenland; trotzdem müssen sie sich an den sogenannten Rettungspaketen beteiligen. Osteuropäischen Regierungsvertretern fällt es schwer, das vor ihren Bevölkerungen zu vertreten. Die Gegenargumente klingen dann ganz ähnlich wie in Deutschland: "Die griechischen Rentner bekommen das Doppelte wie die bei uns - und da sollen wir den Griechen Geld geben?"

Dazu kommt, dass die osteuropäische Bevölkerungen sehr unter der Kürzungspolitik nach der Finanzkrise gelitten haben. Gerade in den baltischen Ländern gab es harte Austeritätsprogramme. Zum Beispiel Lettland: Es hat den weltweit wohl härtesten Einbruch durch die Krise erlebte. In der Folge bekam es das erste "Rettungspaket" von Internationalem Währungsfonds (IWF), Europäischer Zentralbank (EZB) und Europäischer Kommission mit Finanzhilfen einerseits, Auflagen andererseits. Dieses Paket hatte

die üblichen Folgen, Abbau des öffentlichen Sektors, hohe Arbeitslosigkeit, Lockerung des Arbeitsrechts. Viele Letten fragen sich jetzt, warum es den Griechen besser ergehen soll als ihnen.

Allerdings war die Berichterstattung in Deutschland über die Wut der Osteuropäer auf Griechenland übertrieben, wenigstens einseitig. Es gab durchaus auch andere Stimmen. In Ungarn beispielsweise wurde der Umgang der Troika mit den Griechen sehr kritisch kommentiert. Premier Viktor Orbán schwor damals, sein Land dürfe niemals in eine ähnliche Lage kommen.

▶ Dennoch finde ich bemerkenswert, dass diese doch eher kleinen und eher armen Nationen so wenig Verständnis für die Südeuropäer aufbringen. Die EU hat auf die Eurokrise reagiert, indem sie die Aufsicht über die nationalen Haushalte immer weiter verschärft und die Regierungen auf Sparpolitik und Schuldenabbau verpflichtet. Macht diese Politik den Osteuropäern nicht zu schaffen?

Dorothee Bohle: Mit Ausnahme Ungarns und Sloweniens - und Slowenien auch erst seit dem Einsetzen der Finanzkrise! - hat kein osteuropäisches Land Schwierigkeiten, die Maastricht-Regeln über Staatsverschuldung und Defizit einzuhalten. In Estland beispielsweise entsprachen die Staatsschulden nur zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts, bevor die Finanzkrise einsetzte. In den anderen baltischen Staaten, in der Slowakei oder Tschechien war es

kaum mehr. Daher hat man in Osteuropa wenig Angst vor der Austerität, davor, die Haushalte durch Sparmaßnahmen konsolidieren zu müssen. Die osteuropäischen Länder haben diesen Prozess entweder schon hinter sich oder sie haben niemals hohe Schulden angesammelt.

▶ Das heißt, Auflagen über die nationalen Haushalte werden nicht als problematisch oder gefährlich empfunden?

Dorothee Bohle: Genau. Die Staatsschulden sind erst durch die Finanzkrise und die Bankenrettungen in die Höhe geschossen. Das gilt ja auch für die Südländer, denken Sie etwa an Spanien: Das Land hatte im Jahr 2007 einen Haushaltsüberschuss von zwei Prozent und eine Schuldenquote von nur 36 Prozent. In den Jahren zwischen 1999 und 2007 hat Spanien kein einziges Mal gegen die Defizitgrenze von höchstens drei Prozent verstoßen, die Bundesrepublik Deutschland im selben Zeitraum übrigens viermal.

Die Staatsverschuldung in Osteuropa hat niemals Dimensionen wie im übrigen Europa erreicht. Das liegt auch daran, dass die Staaten ihre Banken nicht retten mussten. Bankenkrisen gab es nur in den baltischen Staaten, Ungarn und Slowenien. In Osteuropa sind nämlich vor allem ausländische Banken aktiv sind. Nur in Slowenien ist der größere Teil der Banken in einheimischem Besitz. Wie gesagt, am schlimmsten traf die Krise die baltischen Staaten, aber die Banken dort sind fast zu 100 Prozent in skandinavischem,

genauer gesagt in schwedischem Besitz. Die Mutterkonzerne in den Heimatländern haben die entstandenen Verluste ausgeglichen. Das gleiche gilt für Ungarn, wo österreichische Banken aktiv sind.

▶ Aber wurden die Osteuropäer nicht auch hart von der Krise ab 2008 getroffen?

Dorothee Bohle: Die Staatsschulden stiegen, weil die Konjunktur einbrach, nicht wegen Rettungsmaßnahmen für den Finanzsektor. Bis auf Polen kam es überall in Osteuropa zu einer scharfen Rezession. Ungarn, Rumänien und Serbien benötigten dann IWF-Kredite.

▶ Nach dem fulminant gescheiterten Versuch der griechischen Partei "Syriza", eine andere Politik in Europa durchzusetzen, wird auch auf der Linken zunehmend der Euro abgelehnt. Das Eurosystem sei einfach nicht reformierbar, heißt es. Nun hatten die baltischen Staaten eigene Währungen (Estland ab 2011, Lettland ab 2014, Litauen ab 2015). Haben diese Länder Gebrauch von den Möglichkeiten gemacht, die der Wechselkurs einer Regierung bietet, um die Wirtschaftskrise zu überwinden?

Dorothee Bohle: Seit Anfang der 1990er Jahre haben die baltischen Länder ihre Währungen an die Deutsche Mark, später an den Euro gebunden. Die baltische Politik wollte, die Transformation hin zur Marktwirtschaft entsprechend des neoliberalen Rezeptes durchführen. Die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt sollte

nicht auf einer schwächeren Währung beruhen, sondern durch die sogenannte innere Abwertung erreicht werden, also durch sinkende Löhne und Produktionskosten.

In der Finanzkrise im Jahr 2008 stand in Lettland dann zum ersten Mal eine Abwertung des Lats zur Debatte, aber die Letten entschieden sich dagegen. Abgesehen von den neoliberalen Prinzipien gab es handfeste Gründe, die gegen eine Währungsabwertung sprachen. Die Expansion vor der Krise beruhte stark auf Fremdwährungskrediten des Privatsektors, besonders Hypothekenschulden. Eine Abwertung hätte diese Kredite verteuert, unbezahlbar gemacht. Selbst der IWF sprach sich für eine Abwertung aus, aber die lettische Regierung und die EZB waren dagegen. Der anschließende Austeritätskurs war dann brutal und schmerzhaft, auch in Estland, aber schon zwei Jahre später kehrten die baltischen Länder auf den Wachstumspfad zurück.

▶ Zeigt das Beispiel der baltischen Staaten also, dass Austerität funktioniert?

Dorothee Bohle: : Das kommt darauf an, was wir als Erfolg ansehen. Paul Krugman hat vor einiger Zeit in der New York Times argumentiert, dass diese Länder trotz anziehenden Wachstums das Niveau von vor der Krise nicht erreicht hätten. Mich überzeugt das nicht, zumindest nicht mehr. Wenn wir nur das Wirtschaftswachstum betrachten, müssen wir zugestehen, dass die

baltischen Staaten ökonomisch erfolgreicher waren als die Länder der südlichen Peripherie. Allerdings hatten sie sehr spezielle Voraussetzungen.

Zunächst sind diese Länder sehr klein. In Estland leben 1,2 Millionen Menschen, in Lettland etwa 2 Millionen, in Litauen drei Millionen. Weiterhin handelt es sich um sehr offene Volkswirtschaften, die immer schon stark auf Impulse aus dem Ausland reagieren. Nach der Krise konnten sie von dem russischen Transitgeschäft profitieren. Die baltische Situation ähnelt am meisten der irischen - auch insofern, also dass viele Menschen auswandern. Durch die massive Emigration sank die Arbeitslosigkeit.

"Nach der Finanzkrise erholten sich die Viségrad-Staaten, weil der deutsche Exportmotor wieder ansprang"

▶ Ist die osteuropäische Entwicklung also mit der Spaniens oder Portugals vergleichbar - erst Immobilienblasen, dann die harte Landung?

Dorothee Bohle: Wir dürfen Osteuropa nicht über einen Kamm scheren. Seit dem Ende des Realsozialismus entstanden zwei unterschiedliche Wachstumsmodelle. Die Entwicklung in den baltischen Staaten ähnelte tatsächlich sehr der am westlichen und südlichen Rand Europas, etwa in Spanien oder Irland. Billige Kredite flossen vor allem in den Immobiliensektors und dann in den

Konsum. Das Wirtschaftswachstum war kreditgetrieben und beruhte auf dem Haussegment und der Finanzwirtschaft, auch wenn der Bauboom nicht ganz so groß wie in Spanien war. In den Balkanstaaten sah es ähnlich aus. In der Krise ab 2008 platzte die Blase.

Das andere Modell beruhte dagegen auf einer Stärkung des industriellen Sektors. In den zentraleuropäischen Viségrad-Staaten Polen, Tschechien und der Slowakei, außerdem in Slowenien und mit Abstrichen auch in Ungarn entstanden Unternehmen, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind. Diese Unternehmen sind allerdings sehr abhängig von der deutschen Industrie, bisher jedenfalls. Weil sich die deutsche Exportindustrie nach 2008 vergleichsweise schnell erholte, blieb diesen Ländern das Schlimmste erspart.

▶ Sie haben gerade die deutsche Industrie erwähnt. Wie wichtig ist ausländisches, insbesondere deutsches Kapital in Osteuropa?

Dorothee Bohle: Mit Ausnahme der baltischen Staaten, in denen insbesondere skandinavische Unternehmen aktiv sind, ist die osteuropäische Industrie sehr eng mit der deutschen verflochten. Seit dem Ende des Realsozialismus ist in großem Umfang Produktion dorthin verlagert worden, insbesondere aus Deutschland. Aus Osteuropa kommen Automobilteile, weiterhin Chemie- und Pharmaprodukte und Elektronik.

Deutsche Unternehmen sind aber nicht nur in der verarbeitenden Industrie aktiv, sondern auch in anderen zentralen Sektoren wie der Telekommunikation, dem Energiesektor und den Medien. Wenn ich in Ungarn einkaufen gehe, dann zum Beispiel bei Rossmann oder DM. Der ganze Einzelhandel ist stark von deutschen, britischen und österreichischen Unternehmen penetriert. Die einzige Ausnahme ist Slowenien, das immer auf ein inländisch kontrolliertes Wachstum und nicht so sehr auf ausländische Direktinvestitionen gesetzt hat.

▶ Die osteuropäischen Staaten haben sich seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus sehr um Direktinvestitionen aus dem Ausland bemüht und mit Löhnen gelockt, die im internationalen Vergleich äußerst niedrig sind. Ist dieses Kalkül aufgegangen?

Dorothee Bohle: Nun, die Industrie in den Viségrad-Staaten hat sich immerhin modernisiert. Es gab Entwicklung, wenn auch eine abhängige Entwicklung, die auf dem Knowhow, den Investitionen und der Nachfrage aus dem Westen beruht. Die Löhne sind zwar im Vergleich zu Deutschland niedrig, aber es handelt sich nicht um ein "Sozialdumping". Die industrielle Entwicklung beruht auf dem Entwicklungsunterschied zu Deutschland, nicht auf einer Verelendung der Beschäftigten. Die Sozialausgaben sind verhältnismäßig hoch, wenn auch nicht so hoch wie in Deutschland.

Verlagert wurden keineswegs nur die einfachen Tätigkeiten. Früher nannte man die Zulieferindustrie oft verlängerte Werkbänke, aber dieser Ausdruck passt längst nicht mehr. Unter der Kontrolle deutscher Unternehmen sind qualifizierte Arbeitsplätze entstanden. Eine Grenze der Aufwertung liegt bei der Forschung und Entwicklung. Sie bleibt bisher in Deutschland. Abgesehen davon sind die Industrien der Viségrad-Gruppe durchaus in der Wertschöpfungskette aufgestiegen.

Die Öffnung der osteuropäischen Ökonomien und die stärkere Exportorientierung der deutschen Industrie fanden sozusagen genau zum richtigen Zeitpunkt zueinander. Ihre Entwicklung verläuft seitdem parallel zur deutschen. Solange der deutsche Exportmotor schnurrt, ist das von beiderseitigem Vorteil. Gleichzeitig sind diese Wirtschaften dadurch extrem exportabhängig, die Binnennachfrage ist schwach. Die Wirtschaftspolitik Polens und Ungarns, die jetzt bemerkenswerterweise von rechten, nationalistischen Parteien auf den Weg gebracht wird, zielt auf eine eher eigenständige Entwicklung und eine stärkere Binnennachfrage. Ob sie das erreichen, bleibt abzuwarten.

▶ Es hat also in diesem Teil Osteuropas so etwas wie eine nachholende Entwicklung gegeben. Warum ist hier gelungen, was in Südeuropa scheiterte?

Dorothee Bohle: Der Sozialismus hat zwar eine bankrotte und unproduktive Industrie hinterlassen, aber andererseits eine erfahrene und gut ausgebildete Arbeitskräfte, die von den ausländischen Firmen eingesetzt werden können. Es gibt bekanntlich auch deutsche Direktinvestitionen in Spanien oder Portugal, aber das Bildungsniveau dort ist deutlich niedriger als in Osteuropa.

▶ Es ist hierzulande viel die Rede von einer deutschen Hegemonie in Europa. Mir scheint Deutschland aber keineswegs immer in der Lage, seine Wünsche durchzusetzen, aktuell beispielsweise bei der Verteilung der Flüchtlinge. Wie würden Sie das Verhältnis der osteuropäischen Eliten zu den Deutschen beschreiben - sind sie gleichberechtigt oder lediglich ausführende Organe deutscher Interessen? Sind sie Juniorpartner Deutschlands?

Dorothee Bohle: Insbesondere die vier Viségrad-Staaten sind in gewissem Sinne Juniorpartner Deutschlands, aber das Verhältnis ist kompliziert. Manche Analysen gehen davon aus, in Osteuropa herrsche eine Kompradoren-Bourgeoisie, also eine Führungsschicht, die völlig von der ausländischen Macht abhängig ist, der sie ihren eigenen Einfluss und Reichtum verdankt. Tatsächlich arbeiten in den deutschen Unternehmen viele einheimische Manager und verdienen gut. Es gibt also insofern tatsächlich eine Führungsschicht, die mit dem deutschen Kapital und seinen Interessen verbunden ist.

Meiner Ansicht nach sind die Machtverhältnisse dennoch verwickelter. Es gibt nicht nur die Unterordnung unter ausländische Interessen, die wirtschaftspolitische Strategie ist zunehmend umstritten. Einheimische Unternehmen und das Bürgertum in Osteuropa fühlen sich zurückgesetzt und verfolgen andere Interessen als die international orientierten Unternehmen. Die Viségrad-Ländern haben ausländische, gerade auch deutsche Investoren lange mit Steuerbefreiungen und Subventionen angelockt. Die ausländischen Investoren wurden gegenüber den einheimischen Unternehmen bevorzugt, nun hat eine Gegenreaktion eingesetzt. Der Aufstieg von Viktor Orbán und seines ökonomischen Programms in Ungarn ist sicher nicht im Sinne Kerneuropas.

Die ökonomische Verflechtung bestimmt außerdem nicht gänzlich die politischen Allianzen. Polen hat Deutschland immer politisch misstraut und stattdessen das Bündnis zu den Vereinigten Staaten gesucht. Diese Animosität geht über wirtschaftliche Fragen hinaus. Ungarn dagegen hatte traditionell eigentlich ein sehr gutes Verhältnis zu Deutschland und hat dessen Führung klaglos akzeptiert. Erst mit der Flüchtlingskrise letztes Jahr hat sich das geändert.

▶ Vielleicht können wir einmal Viktor Orbans Regierung herausgreifen. Wie würden Sie seine Rolle charakterisieren? Zumindest in der Frage der Banken ist er ja auf Konfrontation mit

dem IWF gegangen?

Dorothee Bohle: Der Hintergrund der Bankenpolitik von Orbáns Partei Fidesz war, dass die ungarischen Wohnungskäufer oder Hausbauer Hypothekenkredite in Schweizer Franken erworben hatten. Ungarns Währung hat eine flexible Währung, daher sind die Schulden in der Eurokrise enorm gewachsen, als der Forint abwertete und der Franken aufwertete. Die Regierung Orbán hat daraufhin mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen die Banken zur Kasse gebeten, etwa indem er bestimmte Wechselkurse für die Kreditraten unter dem Marktwert gesetzlich festlegen ließ. Die gängige Praxis, die Zinssätze während der Laufzeit zu verändern, wurde gesetzlich eingeschränkt, die Regierung erließ Sondersteuern für Banken. Nicht alles, was Orbán macht, ist einfach zu verteufeln.

Ein Ziel Orbáns war damals übrigens ausdrücklich, ausländische Banken zum Aufgeben zu bringen. Interessanterweise haben sich trotz zahlreicher Warnungen im Vorfeld die ausländischen Banken bis heute nicht zurückgezogen. In Ungarn sind allerdings österreichische und italienische Finanzinstitute aktiv, keine deutschen, weshalb Orbáns Bankenpolitik das Verhältnis zur Bundesrepublik nicht belastet hat.

"Orbán will den Widerstand der osteuropäischen Länder gegen die bundesdeutsche Flüchtlingspolitik organisieren"

▶ Die Interessenkonflikte in Europa sind im letzten Jahr gewachsen, etwa zwischen Großbritannien und dem Rest Europas, auch zwischen den Südländern und Nordeuropa. Was stehen da die Osteuropäer, wo sehen Sie Bruchlinien im Verhältnis zur EU?

Dorothee Bohle: Der bei weitem größte Konflikt ist gegenwärtig die Flüchtlingsfrage. Um noch einmal Ungarn herauszugreifen, es gab lange einen modus vivendi, an den sich beide Seiten gehalten haben. Die EU hat weggeschaut, wenn Viktor Orbán die Rechte der einheimischen Medien oder die Bürgerrechte beschnitten hat. Orbán wiederum hat den offenen Konflikt vermieden.

Mit der Flüchtlingskrise ist das anders geworden: Orbán will den Widerstand der osteuropäischen Länder gegen die bundesdeutsche Flüchtlingspolitik organisieren. Das liegt nicht zuletzt daran, dass seine Partei Fidesz nach den letzten Wahlen viel Unterstützung verloren hatte. Seit dem Frühjahr 2015 nutzt er die in der Bevölkerung weit verbreiteten Überfremdungsängste aus. Er hält den europäischen Liberalismus insgesamt für gescheitert und die Flüchtlingspolitik ist sein Paradebeispiel dafür. Das kommt bei vielen Osteuropäern gut an.

▶ Was erwarten die Osteuropäer von der Europäischen Union? Immerhin gehören die Nationen zu den sogenannten Nettoempfängern, sie profitieren von Geldern der EU.

Dorothee Bohle: Die Strukturfonds der EU, europäische Gelder

werden natürlich begrüßt. Belehrungen oder Eingriffe in die souveränen nationalen Rechte durch europäische Institutionen werden dagegen abgelehnt. Man will die Union als ein "Europa der Vaterländer", als Freihandelszone oder Wirtschaftsbündnis unabhängiger Staaten. Aus allen politischen Fragen soll die EU sich heraushalten.

Wenn sich jetzt der Streit zwischen Polen und der Union zuspitzt, argumentiert die polnische Regierung: Wir sind gewählt, der Ausdruck des Volkswillen, was mischt ihr euch ein?

▶ In der Debatte um die weitere Reform der EU fordert die britische Regierung, übrigens auch die deutschen Sozialdemokraten, die innereuropäische Migration müsse beschränkt werden, es dürfe keine "Einwanderung in die Sozialsysteme" geben. Wie kommt das in Osteuropa an?

Dorothee Bohle: Die Freizügigkeit gilt als heiliges Recht, vielleicht als der beste Aspekt Europas überhaupt. Ihre Einschränkung wollen die osteuropäischen Staaten auf keinen Fall hinnehmen. Gleichzeitig verlieren die osteuropäischen Staaten weiterhin sehr viele gut ausgebildete Arbeitskräfte an den Westen, beispielsweise Mediziner, obwohl die Versorgungssysteme dringend Mitarbeiter brauchen. Die osteuropäischen Gesundheitssysteme sind in einem katastrophalen Zustand, die Krankenhäuser völlig unterfinanziert. Fast alle osteuropäischen Länder leben wegen des anhaltenden

brain drain von der Substanz.

Matthias Becker

"Deutschland tritt nicht als geopolitische, sondern als geoökonomische Macht auf"

Hans Kundnani vom Marshall Funds über die Rückkehr der deutschen Frage und Deutschland als halben Hegemon

Hans Kundnani ist Brite und arbeitet für den US-amerikanischen Marshall Funds. Aus einer "atlantischen Perspektive" beobachtet er mit großem Unbehagen, dass die Bundesrepublik Deutschland immer häufiger eigene geopolitische Pläne verfolgt. In seinem jüngsten Buch "The Paradox of German Power" argumentiert er, die "deutsche Frage" des 19. Jahrhundert sei sozusagen zurückgekehrt: ein Land in der Mitte Europas, das zu schwach ist, um den Kontinent zu beherrschen, aber zu stark, um nur gleichberechtigt mit den anderen europäischen Nationen zu sein.

▶ Herr Kundnani, der Ton in der europäischen Diplomatie wird schärfer. Im Dezember kritisierte der italienische Premierminister Matteo Renzi Deutschland und sagte wörtlich: "Europa muss 28 Ländern dienen, nicht nur einem." Für wie stark halten Sie die Deutschen im europäischen Machtgefüge? Ist es die führende Macht, ist es isoliert?

Hans Kundnani: Die europäische Konstellation ist kompliziert. Mit Sicherheit hat Deutschland keine eindeutige Führungsrolle. Seit der

Eurokrise ab dem Jahr 2010 haben wir Kommentatoren die Macht der Bundesrepublik wohl eher übertrieben. Die Flüchtlingskrise hat mich dann eines besseren belehrt. Mich hat überrascht, wie wenig Einfluss die Deutschen geltend machen konnte. Sogar ein kleines Land wie die Slowakei, wirtschaftlich völlig von Deutschland abhängig, hat sich nicht dem deutschen Druck gebeugt. Ich war aber niemals der Meinung, Deutschland sei ein europäischer Hegemon, im Gegenteil: Wenn überhaupt ist es ein halber Hegemon, ein Möchtegern-Hegemon wie das Deutsche Kaiserreich im 19. Jahrhundert.

▶ Diesen Ausdruck eines halben Hegemons verwenden Sie schon lange. Was meinen Sie damit?

Hans Kundnani: Deutschland verfügt über gewaltige wirtschaftliche Macht und dafür über vergleichsweise wenig politisches Gewicht. Im Ausland wurde das Land oft als ein "zurückhaltender Hegemon" betrachtet, als Nation, die ihre Macht nicht wirklich ausspielt. Diese Zurückhaltung lässt mittlerweile nach. Deutschland versucht stärker, sich auch politisch zu behaupten und seine Interessen durchzusetzen, gerade auch in der Eurozone.

Was die deutsche Macht aber meiner Meinung nach auszeichnet, ist nicht so sehr dieser Gegensatz zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht, sondern das Verhältnis von politischen Zielen

und wirtschaftlichen Mitteln. Deutschland tritt nicht als geopolitische Macht auf, sondern als geoökonomische. Damit ist es in den internationalen Beziehungen ziemlich einzigartig.

▶ Immerhin führt die Bundeswehr gerade zwanzig Auslandseinsätze durch ...

Hans Kundnani: Deutschland engagiert sich international, aber eben vor allem mit wirtschaftspolitischen Mitteln. In der Ukraine-Krise hat sich die Merkel-Regierung sehr selbstbewusst für Sanktionen ausgesprochen, aber gleichzeitig alle Schritte blockiert, die militärischen Druck aufgebaut und Russland wirksam abgeschreckt hätten. Zum Beispiel war Berlin gegen den Vorschlag Polens und der baltischen Staaten, eine dauerhafte NATO-Präsenz in diesen Ländern zu schaffen.

▶ Sie behaupten, die sogenannte Westbindung Deutschlands würde langfristig schwächer. Welche Anzeichen sehen Sie dafür?

Hans Kundnani: 40 Jahre lang, während des Kalten Krieges, war die Westbindung für die Bundesrepublik Deutschland schlicht eine existenzielle Notwendigkeit. Das ist anders geworden. Heute ist die Westbindung, vor allem das Bündnis mit den USA, zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte eine Wahl, sie ist nicht länger alternativlos. Das bedeutet nicht notwendigerweise, dass Deutschland mit dem Westen brechen wird, aber zum ersten Mal ist eine "post-westliche deutsche Außenpolitik" überhaupt möglich.

Ein erster Vorgeschmack auf diese Außenpolitik war, dass das Verhalten Deutschlands im Jahr 2011 im UN-Sicherheitsrat enthalten hat, als die Intervention gegen Libyen unter Gaddafi auf der Tagesordnung stand: Deutschland hat mit seinen alten Bündnispartnern Frankreich, Großbritannien und den USA gebrochen und sich enthalten, zusammen mit Russland und China.

▶ Aber die rotgrüne Regierung unter Gerhard Schröder hat doch schon früher den USA die Gefolgschaft verweigert, nämlich im dritten Golfkrieg gegen den Irak unter Saddam Hussein.

Hans Kundnani: Ja, aber die Intervention gegen den Irak war eine international viel umstrittenere Entscheidung. Damals fand ich weniger schlimm, dass Deutschland nicht mitgemacht hat, sondern die nationale, antiamerikanische Tonlage von Kanzler Gerhard Schröder. Im Fall Libyen wurde die postwestliche Haltung dann praktisch. Umfragen zeigen, dass auch die Bevölkerung gespalten in der Frage ist, ob Deutschland ein Teil des Westens ist oder doch eher ein Vermittler zwischen Ost und West. Besonders in den ersten Monaten der Ukraine-Krise haben viele Deutsche Sympathie oder Verständnis mit Russland geäußert.

Das Horror-Szenario für mich ist jetzt ein Konflikt in Asien zwischen den USA und China, nicht unbedingt ein Krieg, eine diplomatische Krise. Die Spannungen in dieser Region werden immer größer. Aber weil Deutschland wirtschaftlich so sehr von Exporten und dem

chinesischen Markt abhängt - denken Sie nur an Firmen wie Volkswagen! - , wäre eine Entfremdung innerhalb des westlichen Bündnisses nicht unwahrscheinlich. Und wenn Deutschland in diese Richtung geht, könnte Europa folgen.

Deutschland muss eine antideutsche Koalition in der EU verhindern

▶ Herr Kundnani, lassen Sie uns auf die Machtverhältnisse innerhalb Europas zurückkommen. Sie glauben, die "deutsche Frage" sei zurückgekehrt - Deutschland sei sozusagen zu mächtig für Europa.

Hans Kundnani: Von der "deutsche Frage" sprach man ursprünglich zwischen 1871 und 1945. Damals war das politisch geeinigte und wirtschaftlich aufstrebende Deutschland zu groß und zu mächtig, um in ein europäisches Gleichgewicht der Kräfte eingebunden zu werden. Andererseits war Deutschland nicht mächtig genug, um zu einem europäischen Hegemon zu werden. Damals wäre zu diesem Zweck natürlich nötig gewesen, eine Koalition feindlicher Mächte militärisch zu besiegen. Aus dieser Zeit stammt die notorische Angst der Deutschen vor einer Einkreisung, vor allem die Einkreisung durch Frankreich und Russland, vor dem, was Fürst Bismarck einst den "Alptraum der Koalitionen" nannte.

Diese klassische deutsche Frage ist in gewisser Weise zurückgekehrt, aber in geoökonomischer Form. Sicher besteht im

Moment keine Kriegsgefahr in Europa, aber es existiert doch eine ähnliche Dynamik wie damals.

▶ Aber wo sehen Sie eine solche Dynamik am Werk?

Hans Kundnani: Denken Sie an die Eurokrise: Deutschland ist zu mächtig, als dass sich beispielsweise Frankreich behaupten kann. Aber gegen eine Allianz vieler europäischer Staaten kann sich wiederum Deutschland nicht durchsetzen. Insofern muss die Bundesrepublik wieder eine antideutsche Koalition unbedingt verhindern. Wenn Italien, Spanien und Frankreich gemeinsam an einem Strang ziehen, können sie die Bundesrepublik zu einer anderen Politik zwingen. Zum Beispiel entschied in der Eurokrise im Sommer 2012 die Europäische Zentralbank unter Mario Draghi, so viele Staatsanleihen wie nötig aufzukaufen - auf Druck der Italiener und Spanier und gegen den Widerstand der Deutschen.

"Langfristig sieht es nicht gut aus mit der Europäischen Union"

▶ Die Entscheidung fiel damals "fast einstimmig", wie Mario Draghi sagte. Die einzige Gegenstimme kam wohl von dem Präsidenten der Bundesbank, Jens Weidmann.

Hans Kundnani: Aus meiner Sicht hat Draghi die gemeinsame Währung gerettet, aber in Deutschland wurde das als politische Niederlage empfunden. Im Spiegel hieß es über den EU-Gipfel 2012, in dem über den Rettungsfonds "Europäischer Stabilitätsmechanismus" ESM entschieden wurde: "Die Nacht, in

der Merkel verlor". Viele deutsche Politiker und Ökonomen kritisieren bis heute die inflationstreibende Geldpolitik der Zentralbank. Das ist die geoökonomische Variante der alten Angst vor einer Einkreisung: Die Deutschen befürchten, die sogenannten Peripherie-Länder würden die Politik der Europäischen Union bestimmen und Deutschland ihren Willen aufzwingen.

▶ Andererseits war Deutschland in der Griechenlandkrise im Sommer 2015 durchaus in der Lage, eine Mehrheit zu organisieren. Damals kam bekanntlich der Vorschlag aus dem Bundesfinanzministerium, die Griechen sollten den Euro "zeitweise" verlassen. Lediglich die Finanzminister Frankreichs, Italiens und Zyperns wandten sich gegen den Grexit. Auch im gegenwärtigen Streit um eine europäische Einlagensicherung für Bankkunden behaupten Mitarbeiter Wolfgang Schäubles, es sei "problemlos machbar", ausreichend Länder auf die deutsche Seite zu ziehen, um das Vorhaben zu blockieren.

Hans Kundnani: Ich sehe da keine eindeutige Entwicklung. Seit der Wahl von Syriza unter Alexis Tsipras entstand in der Eurozone sozusagen eine Koalition von allen Mitgliedsländern gegen eines. Dafür gibt es einsichtige politische Gründe: Es konnte nicht im Interesse von Sozialdemokraten wie der Regierung Renzi in Italien oder der Regierung Hollande in Frankreich sein, einer Partei links von ihnen einen Erfolg zu verschaffen. Aber die langfristig entscheidende Verwerfung in Europa verläuft zwischen den

Schuldner- und Geberländer. Daher wird der Druck auf die Schuldenländer wachsen, gemeinsam zu handeln - vor allem, wenn die ökonomische Krise weiterhin ungelöst und die Arbeitslosigkeit hoch bleibt.

▶ Die zentrifugalen Kräfte in der Union nehmen immer weiter zu. Was ist Ihr Tipp - kann die Eurozone in ihrer bisherigen Form überleben?

Hans Kundnani: Das weiß ich nicht, aber insgesamt bin ich eher pessimistisch. Ich vermute, dass es in den nächsten Jahren einerseits weitere Schritte der Integration und Vereinheitlichung geben wird. Hier existieren gewisse Sachzwänge, weil die Finanz- und Migrationskrise ein koordiniertes Vorgehen notwendig macht.

Auf der anderen Seite wird es aber auch Desintegration geben, möglicherweise einen Grexit oder einen Brexit. Langfristig sieht es nicht gut aus mit der Europäischen Union. Überall wird die Euroskepsis stärker. Seit dem Einsetzen der Eurokrise verfolgen die Mitgliedsstaaten zunehmend eng definierte nationale Interessen und versuchen, Probleme und Kosten so weit wie möglich auf die anderen Länder zu verlagern. Am krassesten wurde diese Haltung wohl in der Flüchtlingskrise deutlich.

▶ Die Europäische Union ist bis heute nicht in der Lage, sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen, um auf den Zustrom der Flüchtlinge zu reagieren. Ist diese Union überhaupt noch

handlungsfähig?

Hans Kundnani: Nun, genau dasselbe würde ich von der Griechenlandkrise behaupten! Griechenland trägt nur zwei Prozent zum Bruttoinlandsprodukt der Eurozone bei, dennoch war die EU ganze fünf Jahre lang nicht in der Lage, eine Lösung zu finden. Der Kern all dieser Konflikte ist die Frage der Solidarität und der Lastenteilung. Im Fall Ukraine und Griechenland forderten die anderen EU-Länder von Deutschland Unterstützung und Solidarität. Nun verlangt Deutschland in der Flüchtlingskrise Solidarität - und die anderen sagen Nein.

"Der Versuch, eine deutsche Hegemonie zu errichten, würde in eine Katastrophe führen"

▶ Was würden Sie also dem halben Hegemon Deutschland empfehlen?

Hans Kundnani: Es gibt für Deutschland zwei Wege. Der eine führt über den Ausgleich. Er setzt vor allem auf die deutsch-französische Achse, aber auch auf einen Interessensausgleich zwischen den großen und kleinen EU-Ländern. Der andere Weg setzt auf Dominanz. Thomas Mann hat den Deutschen einst empfohlen, sie sollten ein europäisches Deutschland anstreben anstatt ein deutsches Europa. Mittlerweile höre ich von Deutschen immer häufiger, es gebe diese Wahl überhaupt nicht mehr. Sie sagen: entweder ein deutsches Europa oder kein Europa!

Das beste Beispiel für diese Haltung ist der Politikwissenschaftler Herfried Münkler, der in seinem Buch "Macht der Mitte" argumentiert, gerade weil die Situation in Europa so chaotisch sei, müsse Deutschland eine Führungsrolle übernehmen.

▶ Den Ausdruck "Macht der Mitte" meint Münkler allerdings durchaus im Sinne von Vermittlung. Der deutsche Hegemon soll seiner Meinung nach die Interessengegensätze der europäischen Mächte ausgleichen und Kompromisse durchsetzen.

Hans Kundnani: Ja, es geht ihm um ein Art wohlwollenden Hegemon, aber eben trotzdem um einen Hegemon! Wie gesagt, ich höre immer öfter von deutschen Bekannten, dass das Brüsseler System einfach nicht funktioniert und niemand außer den Deutschen die Führung übernehmen könne. Europa kann aber nicht von Berlin aus reagiert werden; das wird schlicht nicht funktionieren. Die wirtschaftlichen und außenpolitischen Probleme Europas müssen gemeinsam gelöst werden.

Der Versuch, eine deutsche Hegemonie zu errichten, würde in eine Katastrophe führen. Eine der Lehren aus der Geschichte ist doch, dass dieses Land Europa nicht beherrschen kann. Letztlich liegt das auch an Geographie, die, anders als in Nordamerika, in Europa keine klare hegemoniale Stellung zulässt.

Aber natürlich muss Deutschland europapolitische Entscheidungen treffen. Am schlimmsten finde ich, dass dieses Land oft so tut, als

hätten seine Entscheidungen keine unmittelbaren Folgen für die anderen europäischen Länder. Das Problem ist insofern nicht der Überschuss an deutscher Macht, sondern in gewisser Weise das Gegenteil - die Weigerung, Verantwortung zu übernehmen.

▶ Ist nicht eines der vielen Probleme Europas, dass es keine gemeinsame europäische Öffentlichkeit gibt, in der solche Fragen überhaupt verhandelt werden könnten? In der Griechenlandkrise beispielsweise lagen Welten zwischen der Berichterstattung in Deutschland und der in den anderen Ländern.

Hans Kundnani: Ich habe auch den Eindruck, dass die Debatte im Ausland und Deutschland weit auseinander klaffen. Das liegt vor allem daran, dass die deutsche Diskussion sehr abgeschottet ist. Das gilt ganz besonders für wirtschaftliche Fragen, die hierzulande ganz anders begriffen und diskutiert werden. Der Philosoph Jürgen Habermas hat früher einmal von einem deutschen "DM-Nationalismus" gesprochen, eine besonderen Form des Nationalstolzes, der auf wirtschaftlicher Überlegenheit beruht. Diese Haltung hat sich zu einem "Exportfetisch" weiterentwickelt, ein nationales Selbstbewusstsein, das darauf beruht, der Exportweltmeister zu sein.

Ich bin mir bis heute nicht darüber klar geworden, woher diese besondere deutsche Haltung zu wirtschaftlichen Fragen eigentlich kommt. Liegt das an Interessen oder an der deutschen

Ideengeschichte? Im angloamerikanischen Raum wird in diesem Zusammenhang oft auf die ordoliberale Tradition. Die Ordoliberalen hatten beispielsweise eine äußerst kritische Haltung zur Staatsverschuldung. Andere Kommentatoren betonen, dass die Bundesrepublik ein Land von Sparern ist, daher die verbreitete große Furcht vor und Abneigung gegen Inflation. Der deutsche wirtschaftspolitische Sonderweg hat also sowohl mit Ideen, als auch mit Interessen zu tun, wobei beides oft in einer ziemlich unehrlichen Art und Weise vermengt wird: Ordoliberale Argumente liefern die theoretische Begründung für die Interessen der Exporteure und Vermögensbesitzer.

Impressum

Hg.: Florian Rötzer

Der halbe Hegemon

Die Rückkehr der "deutschen Frage" und die Lage der EU

Herausgeber der Reihe: Florian Rötzer

Umschlaggestaltung & Herstellung: Michael Schuberthan

ISBN 978-3-95788-055-0 (V3)

Copyright © 2016 Heise Medien GmbH & Co. KG, Hannover

Die vorliegende Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten.
Die Verwendung der Texte und Abbildungen, auch auszugsweise, ist ohne die schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und daher strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.
Alle Informationen in diesem Buch wurden mit größter Sorgfalt kontrolliert. Weder Herausgeber, Autor noch Verlag können jedoch für Schäden haftbar gemacht werden, die in Zusammenhang mit der Verwendung dieses Buches stehen.

Heise Medien GmbH & Co. KG
Karl-Wiechert-Allee 10
30625 Hannover

Weitere Telepolis-eBooks

Hans Schmid
Tod in Saloniki
Zvon Costa-Gavras



als Neuerfindung des Politthrillers

mehr ▶



Bernhard Wiens

LEBEN IM GEHÄUSE

WOHNEN ALS PROZESS DER ZIVILISATION

TELEPOLIS

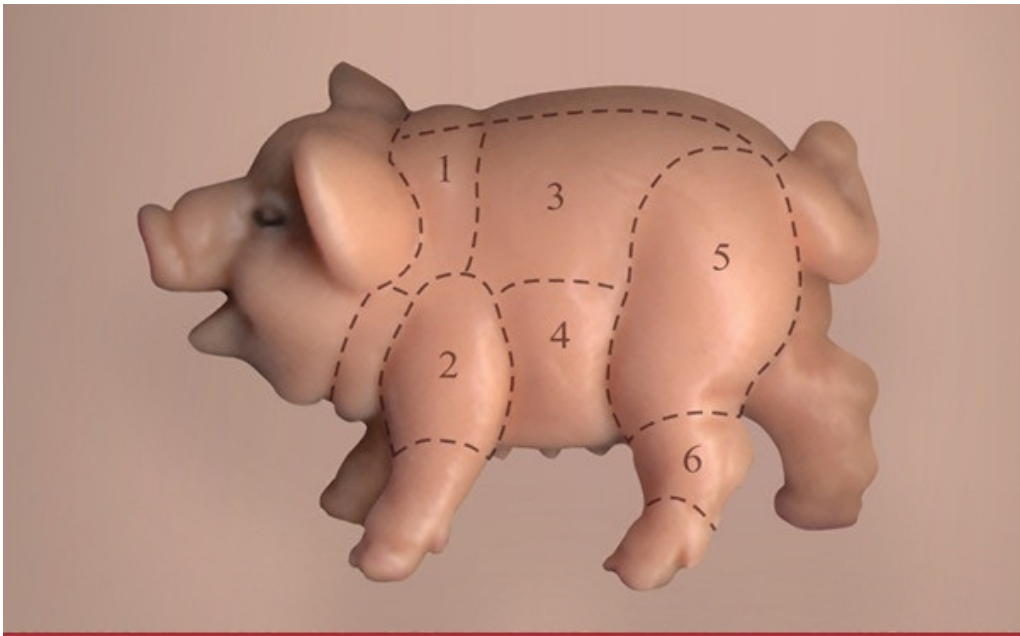
Bernhard Wiens Leben im Gehäuse Wohnen als Prozess

der Zivilisation

mehr ▶

Susanne Aigner

Unser Essen



Susanne Aigner

UNSER ESSEN

WIE FUNKTIONIERT DIE AGRAR- UND LEBENSMITTELINDUSTRIE?

TELEPOLIS

Wie funktioniert die Agrar- und Lebensmittelindustri

e?

mehr ▶

Hg.: Tomasz Konicz, Florian Rötzer

Aufbruch ins



Hg.: Tomasz Konicz, Florian Rötzer

AUFBRUCH INS UNGEWISSE

AUF DER SUCHE NACH ALTERNATIVEN ZUR KAPITALISTISCHEN DAUERKRISE

TELEPOLIS

Ungewisse Auf der Suche nach Alternativen zur kapit

alistischen Dauerkrise

mehr ▶

Hg.: Florian Rötzer

M



Medien im Krieg Krise zwischen Leitmedien und ihren

Rezipienten

mehr ▶

Ludger Eversmann Projekt Post-



Ludger Eversmann

PROJEKT POST-KAPITALISMUS

BLUEPRINT FÜR DIE NÄCHSTE GESELLSCHAFT

TELEPOLIS

Kapitalismus Blueprint für die nächste Gesellschaft

mehr ▶

Hg.: Florian Rötzer

Parteien im Umbruch

Neu



e po liti sc he Gr up pi er un ge n un d Be w eg un ge n in Eu ro pa

mehr ▶

Tomasz Konicz Politik in der Krisenfalle Kapit



alismus am Scheideweg **mehr ▶**